

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

folwie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Jos. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Angelegen
für die dreigespaltene Beitzelle ober deren Raum 80 A.
Zellungs-Preisliste Nr. 3124.

⊕ Auf aus dem Traum! ⊕

Und wiederum im raschen Lauf der Zeit
Dem Christenthum die Weihnacht kam gegangen,
Der Welt mit ihrem bitteren Weh und Leid,
Der Menschenbrust mit ihrem Glückverlangen.
Die alte Mär, die wiederum uns singt
Der Glocken Feierklang rings in den Länden,
In der ein Lied von Glück und Frieden klingt
Zum Preis des Hellands, der der Welt erstanden.

Uralter Glaube! Einst aus näch't'gem Wahn
Dem Menschenhirn, dem ringenden, entsprungen;
Göttliche Macht! Hast Du der Welt die Bahn
Des Heiles, die Erlösung ihr erungen?
Ob auch Jahrhundert auf Jahrhundert schwand,
Millionen Herzen qualvoll zu Dir flehen, —
Wo warst, wo bist Du, starke Gotteshand,
Schufst Wandel Du in Menschenpein und Nöthen?

O Hermste, die Ihr wahnbefangen glaubt,
Ein Himmelsgott sei Euer Schicksalswahrer!
Ihr, Denen Geist und Kraft und Glück geraubt;
Des Glends Kinder von der Wieg' zum Alter:
Erwacht aus thörichtem Erlösungstraum,
Das Banner der Vernunft emporgehalten,
Dem Worte der Erkenntniss nur gebt Raum:
Wir müssen selbst uns unser Loos gestalten!

Lasst ein den Freiheitshauch der neuen Zeit,
Heraus aus Schatten der Vergangenheiten!
Nur Mythe ist's, was Euch Bedrückten heut
Die Weihnacht, — Ihr ernstes Glockenläuten
Vernimmt heut' kraftbewusst ein neu' Geschlecht,
Das, unerschütterlich im Selbstvertrauen,
Als Gott kennt Wahrheit nur, Vernunft und Recht,
Einst siegreich wahre Menschlichkeit wird schauen!

Vorwärts den Blick! — Wenn sich dem neuen Licht
Auch dunkle Nebel noch entgegenballen;
Dem Morgenroth es nur an Kraft gebricht,
Vor künft'gem Sonnenglanze müssen fallen
Die finsternen Gewalten heut'ger Welt;
Wie wild und tobend sie sich auch geberden,
Die morsche Stütze alter Zeit zerschellt,
Auf ihren Trümmern muss es Frühling werden!

In diesem Glauben gebt die rechte Weib'
Dem Weihnachtsfeste Ihr, enterbte Schaaeren.
Wenn frömmelnd Euch umschleicht die Heuchelei,
Vernehmt den Zeitgeist, den ewig wahren:
Es kommt der Tag, wann's unter'm Lichterbaum
In jeder Brust flammt wie ein Strahlenwetter:
„Genug des Wahns! Auf, Menschheit, aus dem Traum,
Du selbst Dein Gott, Dein eigener Erretter!“

F. Fr.

Bum Feste!

In des Jahres ewigen Kreislauf naht wiederum
das Weihnachtsfest. Wie grau sich auch der Himmel
wölbt über der in Winters Wunden starrenden Erde,
unser Geist, unser Gemüth möchte deshalb um so mehr
sich erheben zu Stunden beglückender Feier in trauten
Familien- und Freundeskreise. Welch' herzerquickende
Lust, wenn unsere Kleinen, wie wir es auch ein-
mal's gethan, singen und sagen von der „seligen,
fröhlichen Weihnachtszeit“, wenn sie im lichten Glanze
des Tannenbaums der Gaben sich erfreuen, die ihnen
die Liebe beschenkt! Kein böses Wesern, kein schlimmes
Worgen giebt es für die Kindesseele, wenn der
Weihnachtsbaum im Kerzenslicht seine glühende Pracht
entfaltet vor den strahlenden Augen; oh, diese Seele
erhebt sich durch die Liebe zur Liebe, die alle Be-
kümernisse verdrängt! Aber so Kleinen von denen,
die kämpfend und arbeitend im Leben stehen, die zu
sorgen haben für Haus und Herd, für der Ihren Ge-
beihen, mag sich heuer wohl das Herz zusammenkämpfen,
wenn sie, mehr denn je bedrückt von bitterer Noth, nicht
im Stande sind, Weib und Kindern eine Weihnachtsfreude
zu bereiten! In so mancher Proletariernothung bleibt
es an „Fest der Liebe“ still und traurig, dumpf und
döde. Da erglänzt kein Weihnachtsbaum, da erklingt

kein Jauchzen, wohl aber Klage und banges Seufzen,
der Jammer nach Brot. Und kein Vergessen giebt es
da, und trotlos irt der Blick in die dunkle Zukunft.
Aber auch den Proletariern, denen es noch möglich
ist, mit den Ihren das Weihnachtsfest in bescheidenster
Weise zu begehen, lastet der Druck der Zeiten schwer
auf der Seele. Wer weiß, wie bald auch sie das
Unheil der Arbeits- und Erwerbslosigkeit trifft,
das schon so viele ungezählte Tausende zu tragen
haben, von denen nicht Wenige hungern und frieren
ihre Strafen ziehen; nicht wissend, wohin sie ihr Haupt
sollen legen.
Die frohe Botenschaft, der uralte Weihnachtsgruß
lautet zwar: „Friede auf Erden und den Menschen
ein Wohlgefallen“. Aber über die rauhe Wirklich-
keit der Dinge kann diese Botenschaft, die wiederum
taufendfach von der Kanzeln verkündet wird, nicht
hinwegtäuschen. Noch immer ist der Friede und das
Glück der Menschheit ein schöner Traum, dem die
Thatsachen grausam Hohn sprechen. Die sogenannte
„christliche“ Gesellschaft ist bar alles wahren Christen-
thums, das sich nach den Lehren des Nazareners nur
begreifen läßt in der Gemeinschaft der Liebe, der
Wahrheit und Gerechtigkeit.
Was ist das für ein „Friede“, der auf Erden
herrscht? Wie sehen, wie eine „christliche“ Weltmacht,

England, bemüht ist, unter Anwendung der schlimmsten
kriegerischen Gewalt ein freies Volk, die Boeren, zu
vergewaltigen. Und außerdem: allüberall kriege-
rische Rüstungen! Alles Sinnen und Trachten der
Staaten ist nur auf Verbesserung der Nothwehrzeuge,
auf Hebung der massenmörderischen Kriegsmächtigkeit
gerichtet. Welch' ein „Friede“! Das Maß der Völker
auffaugend, die Steuerkraft erschöpfend, Noth verbreitend
und die Kulturstaaten an dem Rand des Verderbens
führend.
Dazu der Krieg, der im Innern der Gesellschaft
wüthet. Von der Menschenliebe, die der alte
Weihnachtsgruß atmet, keine Spur. Britischer Kampf
überall, ohne Rücksicht, ohne Schonung. Der Stärkere
setzt dem Schwächeren das Knie auf die Brust, unter-
drückt ihn und heult ihn aus. Der Maximan regiert
die Welt und bestimmt das Geschick der Völker. Die
ehrliche Arbeit mit ihrer Kraft, mit ihrem Segen wird
ihm zur Beute. Der Fluch dieser Herrschaft fällt auf
den Millionen des arbeitenden Volkes in Stadt und
Land. Gegenwärtig äußert er sich in einer ver-
wüthendsten wirtschaftlichen Krise, die es einem
großen Theile der Arbeiter unmöglich macht, ihre
Arbeitskraft zu verwerthen, das zum Leben Nöthige zu er-
werben. Grenzlos ist das Elend in der Proletariatschaft.
Und das nennt frohe Heuchelei „christliche Kultur“!

Nicht genug damit. Wenn die Armen, die Glenden, die Unterdrückten sich erheben zum Kampfe für Brot und Freiheit, dann machen ihnen die Herrschenden und Mächtigen daraus einen schmerzlichen Vorwurf. Man bestreift sie „unchristlicher“, „umstürzlerischer“ Bestrebungen, die mit allen Machtmitteln zu verhindern seien. Die Arbeiterorganisation, die den Zweck hat, den Arbeitern ein erträgliches, menschenwürdiges Dasein zu erringen, wird unter frivolster Verungeltung auf Gesetz und Ordnung schändlich verfolgt. Alle Begriffe von Recht und Gerechtigkeit sind auf den Kopf gestellt.

So ist das alte Weihnachts-Evangelium heute allerdings ein grausamer Hohn. Aber es wird einst zur Wahrheit werden, und zwar in absehbarer Zeit. Die Partei des arbeitenden, alle Reichthümer schaffenden Volkes, die Sozialdemokratie, wird der Welt den Frieden bringen und der ehelichen Arbeit zum Siege ihres unverjährbaren Rechtes verhelfen. Eine bessere Zukunft, eine vernünftiger, gerechtere Gesellschaftsordnung, die keine Klassenherrschaft und keine notleidende Arbeit kennt — das ist das große, erhabene Ideal des unter dem Banner des demokratischen Sozialismus kämpfenden Proletariats. Dieses Proletariat ist die echte und wahre Christusbesenkerin. Und sein Ideal ist keine Utopie; die nicht im Gange der Kulturentwicklung seine Verwirklichung finde. Das ist der Trost der Armen und Glenden, der Enterbten und Unterdrückten. An diesem Ideal, an diesem Trost, Freunde und Genossen, wollen wir unverbrüchlich festhalten. Wie das nahe Licht, die Sonne, ihren Siegeslauf vollbringt, so auch die Idee der Arbeiterklasse — eine gewaltige, unzerstörbare, stetig an Kraft gewinnende Idee der Erlösung und Versöhnung!

Unsere diesjährige Lohnbewegung.

III.

In den beiden ersten Artikeln sind die Erfolge ausgeführt, die wir theils durch, theils ohne Streiks errungen haben. Darnach wurden 81 Streiks gewonnen, wenn auch nicht überall die ganzen Forderungen unserer Kollegen durchgedrückt werden konnten. Weiter wurden etwa 50 Wausperren geführt, die fast alle notwendig wurden, um Verhinderung der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern; zurückzuweisen. Diese Wausperren brachten zum allergrößten Theil den Erfolg, daß die Unternehmer von ihrem Vorhaben Abstand nehmen mußten.

In einigen Orten mußte die Kollegenchaft allgemein zum Abwehrkriege greifen, in einigen anderen Orten verfügte die Unternehmerchaft die Aussperrung der Maurer. Im Vordergrund steht der Abwehrkriege in Halle, der im Herbst 1900 seinen Anfang nahm. In seiner Richterstattung auf der Generalversammlung des „Arbeitgeberverbandes“ hat Herr Platzmaurermeister S. in Breslau seiner Freude Ausdruck gegeben über den Sieg der Halle'schen Unternehmer, und um dies mit Würde thun zu können, mußte die alte Breslauer Wetterfahne den landbekannten Halle'schen Unternehmer-Vorbruch umdrehen in einen Kontraktbruch der Arbeiter. Daß Herr Simon in dieser Beziehung die Unwahrheit kolportierte, steht außer jedem Zweifel, aber der „freisinnige“ zweite Vorsitzende des Unternehmerverbandes, der Anwartschaft auf den Posten des ersten Vorsitzenden haben soll, mußte sich von dem Gegentheil überzeugen lassen, denn sonst hätte er seinen wortbrüchigen Kollegen ja kein Lob spenden können. Und dies mußte wohl durchaus notwendig sein, denn sonst hätte Simon nichts Erzeugliches zu berichten. Doch dies nur nebenbei.

Der Kampf in Halle hat seitens unserer Organisation und besonders auch seitens der kämpfenden Kollegen große Opfer erfordert, denen ein direkt greifbarer Erfolg anscheinend nicht gegenübersteht. Dennoch ist der Kampf für die Kollegenchaft nicht umsonst geführt worden. Zunächst ist Eines sicher: der „Sieg“ der Unternehmer hat auch diesen schweren Opfer auferlegt, die wohl bezirkt werden, daß die Unternehmer nicht so bald an einen zweiten derartig frivol herauszuföhrenen Kampf denken werden. Zum anderen ist aber auch nicht zu vergessen, daß ohne den energischen Widerstand unserer Kollegen die Lohnreduzierung viel weitgehender und umfangreicher ausgefallen wäre. Groß dürften die Halle'schen Unternehmer ihres „Sieg“ kaum werden.

In G o m m e r n lag die Sache ähnlich wie in Halle. Von den in Gommern und Umgegend beschäftigten Steinbrucharbeitern gehören mehrere Hundert unserem Verbands an; mit den Steinbrucharbeitern war ein Stundenlohn von 30 S vereinbart. Im Winter fiel es den Herren Brucharbeitern plötzlich ein, den Lohn auf 25 S zu reduzieren, wogegen sich unsere Mitglieder zur Wehre setzten. Einen Erfolg hatte der Streik, der den ganzen Sommer über dauerte, insofern, als die Unternehmer den Stundenlohn wieder auf 27 S erhöhen mußten.

In S o l i n g e n, wo gleichfalls Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen der Unternehmervereinigung und unseren Kollegen bestanden, wurde ein Teil des Unternehmertums ebenfalls trotzbrüchig. Die

schlechtere Baukonjunktur mußte einer Anzahl Unternehmern als Vorwand dienen, wieder die eifständige Arbeitszeit einzuführen und den Stundenlohn dementsprechend zu reduzieren. Da unsere Organisation in Solingen wenig widerstandsfähig war, gelang es den Unternehmern verhältnismäßig leicht, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Ueber ihren Vorbruch werden sie sich ebenso leicht hinwegsetzen haben. Die Unternehmer in Neustettin hielten die Verlängerung der Arbeitszeit auch für ein Heilmittel gegen die schlechte Zeit und mutheten den Maurern zu, freiwillig die Last auf sich zu nehmen: statt zehn wieder elf Stunden zu arbeiten. Es kam zum Streik, der leider für die Kollegen verloren ging.

In P e t s c h i n und G r. - N e u e n d o r f waren unsere Kollegen in der Lage, das Ansinnen der Unternehmer: bei verlängerter Arbeitszeit mit weniger Lohn für sich zu nehmen, gebührend zurückzuweisen. Auch hier liegen es die Unternehmer auf den Streik ankommen, obwohl sie erst das Jahr vorher die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Maurern vereinbart hatten.

In L a n d s b e r g a. d. W a r t h e wurden unsere Kollegen ausgesperrt, weil sie Lohnforderungen gestellt hatten und auf ein gegen die früheren Bedingungen verschlechtertes Angebot der Unternehmer nicht eingehen wollten und konnten. Nach hartnäckigem Kampfe mußten auf beiden Seiten Konzessionen gemacht werden. Die alten Bedingungen blieben in Kraft und im nächsten Jahre soll eine geringe Lohn-erhöhung erfolgen. — Noch nicht erledigt ist der Streik — richtiger Aussperrung — in P r a n g l a u - G r a n z o w. Dort handelt es sich nicht um Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern die Unternehmer verlangen von den Gesellen, sie sollen dem Verbands den Rücken kehren. Diese Forderung der Unternehmer ist natürlich ebenso schief, als der Vorbruch bezüglich irgend welcher Lohnvereinbarungen. Die minimale Wauhtätigkeit hat es den Unternehmern in diesem Jahre ermöglicht, eine größere Zahl unserer Verbandskollegen in ihrem gewohnten Arbeitsgebiet von der Arbeit auszuschließen, ob dies im nächsten Jahre noch möglich, ist ja noch nicht voraussehen. Wenn aber die Unternehmer bis dahin nicht zur besseren Einsicht gekommen sind, dürfte es auch fernherhin nicht ohne Kampf abgehen.

In einigen anderen Orten wurden unsere Kollegen durch Streiks der Zimmerer oder Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen, ohne zu größeren Verwickelungen oder Forderungen zu führen. Nur in S e i m t e b t führte der Streik der Zimmerer zur Aussperrung unserer Kollegen. Diese erneuten dann ihre Forderungen, die sie zur Vermeidung des Streiks hatten fallen lassen, ohne aber einen Erfolg zu erzielen. Die Arbeit wurde schließlich zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen.

Außer den beiden schon im ersten Artikel behandelten Streiks in Bismarck und Friedland haben wir nun noch drei Angriffstreiks zu verzeichnen, die für unsere Kollegen verloren gingen, und zwar in Eilenburg, Kolberg und Wilhelmshaven. Der Eilenburger Streik wurde mehrere Wochen von den Kollegen mit großer Hingebung geführt, der — übergroße Zuzug von Streikbrechern machte es schließlich aber doch zur gebieterischen Pflicht, dem Kampfe ein Ende zu machen. Die Kollegen mußten für die alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. — Der Kolberger Streik wurde gleichfalls durch fremde Streikbrecher ungünstig beeinflusst, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden mußte, ohne Verbesserungen erreicht zu haben. Bei der Ankunft eines Krupps Streikbrecher kam es zwischen diesen und einer Anzahl Streikender zu Prügeleien und sonstigen Ausschreitungen, die von der Anlagebehörde als Landfriedensbruch aufgeführt wurden; zwölf unserer Mitglieder, eine Frau, ein Arbeiter, ein Maurer und ein Zimmerlehrling sind hierauf angeklagt. Der Prozeß spielt sich in diesen Tagen vor dem Schoungericht in Köslin ab. — Der Streik in W i l h e l m s h a v e n hätte beinahe zu einer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt, schließlich konnten unsere Kollegen es aber doch noch erzwingen, daß die Unternehmer das Zugeständnis machten, vom 1. Januar nächsten Jahres ab den Mindestlohn von 50 auf 52 1/2 S zu erhöhen. Während des Streiks wurde jedoch die sonst übliche Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden von den Streikbrechern zum Theil um 1 1/2 Stunden überschritten, und es bedarf noch ganz besonderer Umsicht, um die Organisation so zu stärken, daß der eingeerinnerten Ueberstundenarbeit im nächsten Jahre von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden kann. Die Lohnreduzierung, die nach dem Streik von den Unternehmern bewilligt wurde, war den Kollegen auch vor dem Streik angeboten worden.

Alles in Allem hat das Unternehmertum keinen Anlaß zum Frohlocken. Auch unsere Kollegenchaft kann nicht besonders befriedigt sein von dem Erfolg der diesjährigen Lohnbewegung, aber im Hinblick auf den im Sommer rapide einsetzenden Niedergang der Bauwirtschaft sind die Ertragsschaften immerhin nicht gering zu veranschlagen. Die Abwehrkriege, abgesehen von den Sperren einzelner Bauten, endeten bisher immer zum großen Theil mit Misserfolgen für die Arbeiter, weil die Unternehmer ja in der Regel nur

in Zeiten schlechter Konjunktur zu Lohnreduzierungen zu greifen. Und so wird es auch noch auf lange Zeit bleiben — bis die Arbeiterorganisationen stark genug sind, auch das Untreten der gelegentlichen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwinden.

Einige Entlophen hätten vermieden werden können, wenn die Kollegenchaft der betreffenden Orte den Rathschlägen der Verbandsleitung gefolgt wäre. Auch das ist ein Unwesen, daß die wohlgemeinten und gut begründeten Vorschläge und Mahnungen der Verbandsleitung oftmals als ein Nichts in den Wind geschlagen werden. Wir sind die Letzten, die dafür eintreten möchten, daß den Kollegenchaften das Bestimmungsrecht genommen würde, wir legen im Gegentheil den Wunsch, das Selbstständigkeitsgefühl der Zweigvereine möge sich recht kräftig entwickeln. Aber bei Handlungen von großer Tragweite — und solche Handlungen sind bestimmt die Beschlüsse über Streiks — muß man sich den Rathschlägen der Verbandsleitung, die ihre Erfahrung aus der Lage des Arbeitsmarktes in ganz Deutschland und den Nachbarländern sammelt, zugänglich zeigen. Wenn die Kollegen dieser Mahnung mehr als bisher folgen, so dürfen wir auch das nächste Jahr trotz der Krise nicht ohne Erfolge hinter uns lassen.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 13. Dezember.

Gestern ist der Reichstag bis zum 8. Januar in die Weihnachtstagen gegangen, nachdem er die erste Sitzung des Sozialistenworts zum Abschluß gebracht. Nicht weniger als dreizehn Sitzungen hat die Debatte in Anbruch genommen und nicht weniger als sechs und dreißig Redner, einschließlich der Herren vom Regierungsbüro, haben sich an ihr betheilig, so daß man meinen konnte, die Materie sei gründlich erschöpft. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Der Sozialist ist nicht eine sogenannte „Sache für sich“. Es handelt sich da vielmehr um eine ganze Reihe engstens zusammenhängender, höchst wichtiger Fragen wirtschaftlicher und finanzpolitischer, sowie sozialpolitischer und allgemeinen politischer Natur. Und jede einzelne dieser Fragen ist freilich. Denn während die Sozialisten glauben machen wollen, daß ihre Politik ein „Segen“ für unser ganzes nationales Leben sei, sind die Gegner in der Lage, mit durchschlagenden Gründen aus dieser Politik nur „Machtheil“ für das Volk zu folgern. Noch viele Tage hätte die Generaldebatte dauern können, ohne eine wirklich erschöpfende gewesen zu sein.

In einer der letzten Sitzungen sprach als dritter Vertreter der Sozialdemokratie der Abgeordnete S i n g e r. Ihm war vorbehalten, mit der gemütheten Gegenrichtung noch einmal gründlich Abrechnung zu halten, eine Aufgabe, deren er sich in trefflicher Weise entledigte.

Um das Fazit der Debatten zu ziehen, müssen wir sagen, daß die Situation vor aller Welt die denkbar offizielloseste Klärung erfahren hat und zwar dahin: Die Regierung ist gewillt, den Agrariern mitollerhöbungen auf Getreide, Fleisch, Milch etc., so viel als nur irgend möglich, entgegenzukommen, d. h. ihnen wirkliche Lebensmittelpreiserhöbe von beträchtlicher Höhe zu bewilligen; sie ist entschlossen, an ihren diesbetreffenden Vorschlägen, über die wir uns schon früher geäußert haben, festzuhalten. Das Zentrum, der größte Theil der Nationalliberalen, ein Theil der Konservativen und die Antikenten sind bereit, auf dem Boden der Regierungsvorschläge eine „Verständigung“ herbeizuführen, d. h. einer parlamentarischen Verhandlung in's Werk zu setzen, um die Annahme dieser Vorschläge in der Hauptdebatte zu sichern. Die Agrarier hingegen geben sich immer noch, als könnten sie von ihren weitergehenden Forderungen „im Interesse der Landwirthschaft“ nichts nachlassen. Außer den Sozialdemokraten widerstreben die Freisinnigen jederollerhöhung. Erstere traten überdies gründlich gegen das ungedehte und unheilvolle System der indirekten Belastung durch Zölle und Verbrauchsabgaben überhaupt auf.

Von allen antiagrarischen Mächten, die in der ersten Sitzung des Reichstages gehalten worden sind, haben ohne Zweifel die der sozialdemokratischen Vertreter den tiefsten und nachhaltigsten Eindruck auf die Massen des arbeitenden Volkes gemacht. Klare, unmissverständliche, gerechte Grundzüge, die mit dem Interesse des Volkes rethorisch, charakteristisch die sozialdemokratische Opposition im Reichstage, die sich auf nahezu die vier Willkür der Protestsituation gegen den agrarischen Lebensmittelpreiserhöhung fassen kann. Zunächst ist der Sozialistenworts nun einer Kommission von 25 Mitgliedern, von denen vier Sozialdemokraten, zur Vorberatung überwiesen worden. Man nimmt an, daß diese Kommission ihre Arbeiten kaum vor Weihnachten erledigen können, so daß im Sommer nächsten Jahres eine abermalige lange Veriarung des Reichsparlamentes zu gewärtigen sein würde. Wabann wird im Plenum der Reichstages die Kommission zur Verhandlung kommen, in welchem die sozialdemokratische Fraktion alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen wird, das Zustandekommen derollerhöbungen zu verhindern.

Bei seinem Wiederzusammentritt am 8. Januar wird der Reichstag zunächst den Reichshaushaltsetat in Angriff nehmen. Dabei ist mit der Thallade zu rechnen, daß die Schulden des Reiches sich gegenwärtig auf 2700 000 000, also auf nahezu drei Milliarden Mark belaufen. Die dritte Milliarde wird bald voll sein. Nach dem Etat sind für notwendige Ausgaben rund 182 Millionen Mark im Wege des Kreditstills flüssig zu machen. Außerdem wird der Reichskanzler ermächtigt, nach Bedarf bis zu 176 Millionen Mark Schatzanweisungen auszugeben und auf diesem Weisen in den Reichskassenzugängen der „Segen“ der neuen Lebensmittelpreiserhöhung!

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Interpretation, betreffend die Arbeitslosigkeit, eingebracht:

Welche Maßnahmen gebentlich der Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, wie sie in der

Arbeitsbeschränkungen, Wohnkürzungen und Arbeiterentlassungen sich bemerkbar machen, zu begehren und der Beunruhigung weiter Volksklassen entgegen zu treten?

Diese Interpellation wird in einer der nächsten Sitzungen im Januar auf die Tagesordnung gestellt werden. Der Reichstagsrat und seine Räte haben also hinlänglich Zeit, sich zu informieren. Bei dieser Gelegenheit wird ohne Zweifel auch die Frage der Arbeitslosenversicherung eine gründliche Erörterung erfahren.

Der Deutsche Verein für Zement-, Zement- und Kalkindustrie ist beim Bundesrat und Reichstag vorstellig geworden, um einen sogenannten „Schutzzoll“ auf Kalk, Zement etc. in Höhe von 15-20 % pro Doppelzentner. Begründet wird diese Forderung u. a. mit den Interessen der Arbeiter der deutschen Zement- und Kalkindustrie. Ein alter Humbug.

Auch schwedische Klinker- und Pflasterplatten aus Zehon wollen die Rentiers mit einem „Schutzzoll“ belegt wissen. Dagegen nehmen 19 große norddeutsche Firmen Stellung, indem sie u. A. geltend machen:

Die schwedischen Klinker sind für Norddeutschland ein unentbehrliches Material für Straßen- und Wasserbauten und von norddeutschen Fabriken in gleicher Güte nicht zu ersetzen.

Die Verschönerung der Zehonindustrie, daß die schwedischen Klinker die deutschen durch billige Verkäufe, ist durch aus unergreifbar. Nicht der Preis, sondern die Qualität ist in den Häfen ausgetragene, wo die schwedischen Klinker verwendet werden. Am besten dürfte dieses aus der Tatsache hervorgehen, daß auch Kaiserliche und Königliche Bauverwaltungen trotz bedeutend billigerer Angebote deutscher Klinker die ganz erheblich teureren und sogar teureren schwedischen Klinker verwenden, wenn es sich um Bauten handelt, die höchste Widerstandsfähigkeit bei zu verwendenden Klinker bedingen, wie bei den Schienenbauten zu Arnshüttel, Rendsburg und Hollenau am Kaiser Wilhelmkanal, verschiedenen besonders exponierten Bauwerken (Seeloland, Mügen) etc.

Das Erbaurecht.

Ein altes, aber bisher sehr wenig angewandtes und deshalb den weitesten Volksteilen völlig unbekanntes Recht ist das sogenannte Erbaurecht. Es führt auf das römische Recht, in welchem es „superficius“ hieß, jurid. Mit diesem ging es als „Pfandrecht“, auch als „Wau- und Kellerrecht“ und „Wobengrundrecht“ bezeichnet, in das gemeine deutsche Recht über. Dann fand es Aufnahme im preussischen allgemeinen Landrecht und anderen Gesetzbüchern. Auch im bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich hat es (§§ 1012 bis 1017) eine Stätte gefunden.

In der in diesem Gesetzbuch modifizierten Form ist das Erbaurecht das vererbliche und vererbliche Recht, auf oder unter der Oberfläche eines Grundstücks ein Bauwerk zu haben. Das charakteristische Merkmal ist, daß zwei Eigentumsrechte nebeneinander und voneinander bedingt bestehen; eines am Grund und Boden und ein anderes am Gebäude. Das ist eine Ausnahme von der Rechtsregel, daß Sachen, die mit dem Grund und Boden rechtlich verbunden sind, auch dem Eigentümer des Grund und Bodens gehören.

Das Erbaurecht ist auf eine bestimmte Zeit beschränkt und der Berechtigte hat als Gegenleistung eine einmalige oder wiederkehrende Abgabe an den Eigentümer des Bodens zu entrichten. Wenigstens der Regel nach, die natürlich nicht ausbleibt, daß die Berechtigung auch ohne Gegenleistung erfolgen kann.

Die rechtliche Natur des Erbaurechts ist also ohne Weiteres erkennbar. Es hat Ähnlichkeit mit der Pacht. Denn auch im Wege der Pacht kann der Eigentümer eines Grundstücks das auf demselben befindliche Gebäude einem Anderen zum Gebrauch und zum Genuß der Früchte, d. h. der Mietzinsen überlassen, mit der Maßgabe, daß dieser Andere, der Pächter, nach Ablauf der Pachtzeit das Gebäude dem Verpächter zurückzugeben und ihm während der Dauer der Pacht den regelmäßig wiederkehrenden Pachtzins zu entrichten hat. Der Unterschied zwischen Pacht und Erbaurecht liegt darin, daß der Pächter nicht in einer unmittelbaren rechtlichen Verbindung zu dem Grundstück und dem Gebäude, sondern nur in einem persönlichen obligatorischen Verhältnis zu dem Verpächter steht. Der Pächter hat die Gewährung des Gebrauchs und der Nutzung des Gebäudes; der Verpächter fordert den Pachtzins und nach Ablauf der Pachtzeit das Gebäude. Worin der Pächter kann nicht ohne Kündigung gegen den Willen des Verpächters aus dem Pachtverhältnis aussteigen; er kann auch nicht an seine Stelle einen Dritten setzen und das Gebäude hypothekarisch belasten. Das Erbaurecht hingegen hingegen hat ein dingliches Recht an Grund und Boden und am Gebäude; unter Umständen sogar ein wirkliches Eigentum daran. Er kann sein Erbaurecht sowohl an einen Dritten veräußern, als auch mit Hypothek belasten, wofür die allgemeinen Vorschriften über Grundstücke, bezüglich der gesetzlichen Vorschriften maßgebend sind. Der Erbaurechtshaber kann sich jedoch den Anspruch auf die dauernde Abgabe gegenüber jedem dritten Erwerber des Erbaurechts sichern, wenn er das Recht darauf als Pfand in das Grundbuch eintragen läßt. Der Erbaurechtshaber kann sich ein Vorrecht hinsichtlich des Grundstücks, auf welchem sich sein Bauwerk befindet, ausbedingen.

So viel über die rechtliche Natur des Erbaurechts. Daß dieses Recht im neunzehnten Jahrhundert fast gänzlich in Anwendung gekommen ist, erklärt sich aus dem monopolistischen Charakter, den das Grundeigentum mehr und mehr angenommen hat, aus seiner stetig sich verschärfenden Tendenz, der Spekulation und der unethischen Ausbeutung zu dienen. Aber die Gemeingefährlichkeit, welche dieser Charakter des Grundeigentums angenommen hat, war für wirtschafts-

und sozialreformatorische Richtungen Anlaß, nach Mitteln zu suchen, dem Bodenmonopolismus zu begegnen. So trat, in Verbindung mit der Wohnungskrise, das Erbaurecht in den Vordergrund. Man glaubt, durch das Erbaurecht den Grund-, Haus- und Mietzins zu kürzen, können auch nicht völlig zu überwinden, so doch erheblich einsparen zu können. Dem Gemeinwesen dem Staat, dem Reich, allen öffentlich-rechtlichen Gemeinschaften soll dieses Recht dazu dienen, den Grund und Boden, der ihr Eigentum ist, zu veräußern, ohne ihn zu verlassen, ihn also vor der Spekulation und Wucherung sicher zu stellen.

Bereits sind einige Schritte in der Richtung gethan worden, das Erbaurecht in die Praxis einzuführen. Die Stadt Frankfurt a. M. ist, damit zwecks Befriedigung der Wohnungsnot vorangehen, Reichs- und Staatsbehörden gebeten, diesem Beispiele zu folgen, und in Hamburg hat ein bürgerlich-fachlicher Ausschuss den Vorschlag eines Gesetzes gemacht.

Ohne Zweifel kann mit Hilfe des Erbaurechts — im richtigen Sinne angewendet — Manches in der Richtung zur Lösung der Wohnungsfrage geschehen, besonders wenn es dazu dient, die Beherrschung nicht gemeinnütziger Baugewerkschaften zu fördern. Aber dabei dürfen wir nicht vergessen, was es als ein radikales Mittel gegen Bodenmonopolismus und Wohnungsnot zu betrachten. Seine guten Wirkungen dürften auf verhältnismäßig kleine Bevölkerungsteile beschränkt bleiben.

Einsten wir zu entscheiden, wie würden diesen Nebenweg nicht einschlagen, sondern direkt auf dem von uns schon öfter vorgeschlagenen Wege der Wohnungsreform durch Staat und Gemeinde vorgehen. Das öffentliche Wesen selbst soll Wohnungen bauen auf seinem für unerschöpflich reich befähigten Grund und Boden, und es soll befreit resp. verpflichtet sein, den etwa im fehlenden Grund und Boden durch Expropriation an sich zu bringen. Das würde eine gründliche Lösung der Wohnungsfrage bedeuten, wie sie durch das Erbaurecht niemals zu erreichen sein wird.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streit befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Preussisch-Graunow, Friedland und Wismar.

Gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Willens & Wöhler, G. Baumgarten, Karl Baumgarten, E. Thiele, Rorbing, Döbling, S. Fabrenkrug, Freil & Raufert, F. Hödel, C. Hebel, Wenz, Dissen & Sprenger, Heßelste, Bobbat, W. Speng, Eggers, und S. Schneide in Hamburg wegen Alfordarbeit; in Wittfisch die Bauten des Unternehmers Spangenberg, weil er den geforderten Lohn nicht zahlte; in Dannenberg die Bauten des Unternehmers Strauß; in Wargh die Bauten des Unternehmers Heinrich Wähls; in Wobesitz die Bauten des Unternehmers Rading; in Schellen die Bauten des Unternehmers W. Meyer; in Westlich die Bauten des Unternehmers Werende; in Wiesteden die Bauten des Unternehmers Förber; in Wugstede die Bauten des Unternehmers Stramm; in Schwiebus die Bauten des Unternehmers Mag. Pfänder; in Niensburg a. d. W. die Bauten des Unternehmers W. G. Bedde; in Burgheinfur der Bau des Beherrschers, Unternehmer Dahlmann aus Mühlstein i. B.; in Neudorf bei Zielzig der Kirchenbau, Unternehmer Karl Ränge.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Befehlungen auf die Nr. 26 des „L'Operaio Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Sonntag, den 22. Dez., eingetroffen sein. Später einlaufende Befehlungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Montag gedruckt wird.

Alle Anschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richten direkt an die Redaktion des „L'Operaio“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Martstr. 15, 2. Et.

In Elbing tagte am Sonntag, den 8. Dezember, eine Konferenz des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands für den Agitationsbezirk Ost- und Westpreußen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Agitationskommission und Bericht über den Stand der Organisation im Bezirk. 2. Konstituierung des Gaus und Wahl des Gauvorstandes. 3. Agitation und Verschickenes. Anwesend waren 19 Delegierte aus elf Bezirken; drei Orte waren durch Delegierte nicht vertreten. Als Vertreter des Verbandes waren die Kollegen Wömelburg und Schwarz aus Hamburg anwesend.

Zunächst wurde zur Bureauwahl geschritten und folgende Kollegen gewählt: Werner-Königsberg erster Vorsitzender, Rosenkall-Bromberg zweiter Vorsitzender, Kriege-Elbing Schriftführer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von den Delegierten Königsbergs eine Frage eingebracht folgenden Wortlauts: „Ist der Hauptvorstand berechtigt, einen Gau einzurichten?“

Kollege Werner begründet diese Frage folgendermaßen: Aus dem neuen Zahlen- und Adressenverzeichnis hätte man ersehen, daß der Gau bereits fertig sei, denn dort stünde ausdrücklich schon „Gau Danzig“, auch die Beamten des Gaus. Dieses sei in einer Mitgliederversammlung in Königsberg zur Sprache gekommen und den Delegierten aufgegeben, falls dieses der Wahrheit entspreche, daß sie bei der Konferenz den Gau verlassen sollten. Nebenher ist auch der Meinung, daß der Vorstand nicht das Recht habe, Gaus einzurichten. Die Mitglieder hätten Mitbestimmungsrecht. Man sei heute hier zusammengekommen, den Gau zu gründen, aber nach dem Verzeichnis sei er schon fertig. In demselben Sinne sprachen die Kollegen Wödel und Wödel-Königsberg. Kollege Wömelburg-Hamburg bedauert, daß die Königsberger Kollegen einen solchen Alarm geschlagen haben, eine Karte hätte genügt, um hierüber Aufklärung zu verschaffen. Der Vorstand hat wohl laut § 4 des Statuts das Recht, den Sitz des Gau-

vorstandes zu bestimmen, demnach ist dem Vorstand es lieber, daß die Kollegen den Ort des Sitzes selbst bestimmen, weil die Aufgabe des Vorstandes es immer gewesen ist, mit den Mitgliedern im Einverständnis zu arbeiten. Allerdings stünde in dem Adressenverzeichnis „Gau Danzig“, es ist dieses aber nur ein Fehler, der beim Druck gemacht worden ist, es sollte nicht „Gau“ sondern Agitationskommission heißen. Aus diesem Grunde hätten die Königsberger Kollegen keine Ursache zur Beschwerde. Nach einer kurzen Debatte erachtete die Konferenz die Angelegenheit für erledigt, weil die Sache nur auf einem Mißverständnis beruhe. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hat zunächst Kollege Grünhagen-Danzig das Wort. Nebenher führte er an, daß der Kommission zwar genügend Geld zur Verfügung gestanden habe, aber nicht die geeigneten Kräfte, infolgedessen konnte die Tätigkeit, die diese Kommission entfaltet, auch keine große sein. Da aber Kollege Schwarz in letzter Zeit mit der Agitation in den Ostprovinzen beschäftigt gewesen ist und die Verhältnisse genau kennt, wird er den Situationsbericht weiter ausbeugen.

Als nächster Redner erhielt Wömelburg das Wort; derselbe führte aus, der neunte Kongreß in Halberstadt beschloß, Deutschland in Agitationsbezirke einzuteilen, um die Agitation intensiver betreiben zu können. Gemäß diesem Beschluß wurde demnach das Land in 28 Agitationsbezirke eingeteilt. Für Ost- und Westpreußen und Posen wurde Danzig und Königsberg bestimmt. In Danzig wurde im Jahre 1898 die Kommission gewählt, in Königsberg hatte der Verband keinen Anstoß, folglich mußten wir auf eine Kommission verzichten. Im Allgemeinen haben die Agitationskommissionen ihren Zweck erreicht, welches ja auch die Erweiterung des Verbandes beweist. Im Osten konnte die notwendige Agitation nicht entfaltet werden, weil der Kommission nicht die genügenden Kräfte zur Verfügung gestanden haben. Auch hat die Kommission wohl nicht immer das getan, was sie thun konnte. Der Vorstand hat es aber dabei nicht bedenden lassen, sondern ist dahin gekommen, daß in den Gegenden, wo die Verhältnisse so im Augen liegen, mehr Agitation betrieben werden müßte und ist Kollege Schwarz im Jahre 1900 hiermit betraut worden. Auch ist sonst noch in anderen Bezirken die fliegende Agitation gefördert worden; dieses ist von dem vorigen Verbandstage anerkannt. Nebenher führte er an, daß die Zeit nicht zu persönlichen Sachen zu verwenden, sondern gemeinsam für die Sache zu arbeiten. Als weiterer Redner berichtete Kollege Schwarz, daß im Frühjahr 1900 fünf Zweigvereine in dem Konferenzbezirk bestanden mit einer Mitgliederzahl von 450. Diese Zahl war den vorhandenen Maurern gegenüber nur eine geringe; es mußte zuerst versucht werden, in den Orten, wo Zweigvereine bestanden, die Mitgliederzahl zu vergrößern, weil die organisierten Kollegen in vier Orten Forderungen an die Unternehmer gestellt hatten. Diese lehnten aber jede Verhandlung ab, weil sie es bis dato gewohnt waren, daß Derjenige, welcher sich hochzeitig stellte und nicht für Hungerlöhne arbeiten wollte, auf die Straße gesetzt wurde. Es ist denn auch gelungen, die Maurer in einer großen Zahl dem Verbande zuzuführen und damit ist der Verband gestärkt, daß auch die Arbeiter im Osten ihre elende Lage erlitten hatten. In allen vier Orten kam es denn auch zum Streit und zwar in Bromberg, Elbing, Danzig und Culmbach. In Bromberg, Danzig und Culmbach nahm derselbe einen günstigen Verlauf, indem die Meister unterhandelten und auch Zugeständnisse machten. In Elbing ging der Streit bis auf einige Zugeständnisse verloren, weil die Kräfte schon zu weit vorgeschritten waren und der Geldbad Krumpf ist. Die Agitation ist denn auch in weiteren Orten betrieben worden. So daß wir in 22 Orten mit Kollegen in Verbindung traten, welche geneigt waren, Zweigvereine zu gründen. In 19 Orten sind Zweigvereine entstanden, in drei Orten ist es nicht zur Gründung gekommen; weil die Maurer nicht das genügende Verständnis für unsere Sache hatten. In weiteren vier Orten ist der Zweigverein wieder eingegangen, weil sich nicht geeignete Verwaltungspersonen fanden; auch die große Arbeitslosigkeit hier im Osten hat zum Nachteil für die Agitation gewirkt, so daß das Material nicht das günstigste ist. Es bestehen jetzt 15 Zweigvereine, welche 1600 Mitglieder haben. Maurer sind aber in den 22 Orten, wo wir Verbindung haben, 4500 vorhanden, so daß selbst in diesen Orten die Organisation noch sehr langsam ist. Weiter sind noch im Bezirk 13 Städte vorhanden, welche über 6000 Einwohner haben, in welchen auch 1840 Maurer in den letzten Jahren beschäftigt wurden. Es sind also in den größeren und mittleren Städten 6000 Maurer vorhanden. Nebenher wir nun die Maurer aus den kleinen Städten und Dörfern hinzu, so finden wir, daß mindestens 8-9000 Maurer im Bezirk vorhanden sind. Dieser großen Masse gegenüber ist die Zahl der Organisierten viel zu klein, um die Massenlage der Maurer heben zu können. Da wir aber die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es notwendig und auch möglich ist, die elenden Zustände abzuändern, so müssen wir Mittel und Wege finden, um die Maurer in größeren Scharen dem Verbande zuzuführen; das Letztere soll der Zweck der heutigen Zusammenkunft sein.

In der Diskussion erhielt zunächst Werner-Königsberg das Wort. Derselbe führte aus, daß die Agitation nicht so leicht zu betreiben sei, wie Kollege Schwarz es vorträgt. Besonders in Ostpreußen ist die Agitation schwierig, weil wir drei Volkstämme haben. Schon in den achtziger Jahren sind Fachvereine gewesen, unter Anderen in Rastenburg und Stallupönen, dieselben sind nach kurzem Weihen wieder eingegangen, weil die Vorstandsmitglieder gemangelte, nicht aber genügend unterstützt wurden, sie mußten meistens den Ort verlassen, wodurch die Bewegung dann wieder zu Grunde gegangen ist. Weiter führte Nebenher als erforderlich für die Agitation an, daß die Entfernung zwischen den Städten im Osten bedeutend größer ist als im Westen, auch seien nicht so viele Großstädte vorhanden, wodurch die Kollegen nicht den nötigen Halt gewinnen können. Er führte ferner an, daß auch der Idealismus mehr gehoben werden müßte, damit die Maurer zu Massenbewegungen Arbeiter erzogen würden. Hiermit wurde die Debatte über diesen Punkt geschlossen.

Sodann erhielt Kollege Wö-Danzig das Wort zur Abrechnung. Derselbe wurde für richtig befunden und dem Ratgeber Decharge erteilt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Wömelburg-Hamburg über: „Die Gemeinrichtungen.“ Er führte aus: Als das Verbindungsverbot aufgehoben wurde, habe der letzte Verbandstag den Vorstand beauftragt, daß

Rand in Gause einzuführen, an Stelle der bisher bestehenden Agitationsbezirke. Vorher war es nicht möglich, die Agitationskommissionen dem Verbande anzuschließen, heute stehen dem nicht entgegen. Auch durch die Entwidlung des Verbandes ist es zur Notwendigkeit gekommen, daß die Gauseverhältnisse mit weiteren Aufgaben betraut werden, weil sich diese nicht mehr in genügendem Maße von einer Zentrale erledigen lassen. In früheren Jahren war es dem Vorstande möglich, die Lohnbewegungen und Klassenverhältnisse zu prüfen. Seit 1895 war es unmöglich, daß alle diese Arbeiten vom Vorstande allein erledigt werden konnten.

Darum werden die Aufgaben der Gause größere sein, welches ja auch aus dem Statut hervorgeht. Der Vorstand sei dem Beschluß des Verbandes (Gauseinrichtungen) schon so weit nachgegeben, daß bis jetzt 20 Gause eingerichtet sind. In einigen Distrikten hat sich die Einteilung der Gause gegenüber den Agitationsbezirken etwas verändert, dadurch sind statt 28 Agitationsbezirke nur 20 Gause errichtet worden, und zwar aus geographischen Rücksichten. Mehrer spricht sich auch dafür aus, daß wir in Anbetracht der schwierigen Agitationsverhältnisse im Osten zur Gründung neuer Gause gelangen müssen. Den Osten des Gauses zu bestimmen, überlassen wir den Kollegen, auch werden wir keine Person bestimmen, wir erheben noch Rathschläge, aber bestimmen thun wir nicht, weil auch dadurch unsere Verantwortlichkeit noch größer werden würde. Was den Ort selbst anbelangt, so ist kein größerer Ort vorhanden, der im Mittelpunkte des Gauses liegt, auch müßte dieses ein größerer Ort sein, damit die betreffenden Kollegen nicht so leicht gemahngelt werden können. Auch das politische Leben der Stadt hat einen Einfluß auf den Sitz des Gauses, weil die Kollegen am Orte selbst zur Erleichterung der Agitation eine gute Organisation haben müßten. Ferner führte er an, daß es der Konferenz überlassen bleibe, einen besoldeten Beamten anzustellen. Der Vorstand ist der Meinung, daß dieses zur Förderung und Erhaltung der Organisation notwendig ist, auch ist der Vorstand bereit, die Mittel herzugeben, wenn die Mitglieder bereit sind, die Beiträge, welche in den anderen Gauen entrichtet werden, auch zu zahlen. Am Schluß ermahnte Mehrer die Kollegen, zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen: 1. Lieber den Sitz des Gauses und 2. ob der Gausevorstande besoldet werden soll. Persönlich bemerkt Mehrer dem Kollegen Werner: Die Verhältnisse sind hier im Osten nicht schwieriger, als sie im Norden und Westen gewesen sind, es ist hier genau so möglich, wie anderswo, dieses beweist die Geschichte der Maurerbewegung.

In der Debatte führte Werner-Königsberg an, daß die Kollegen in Königsberg es nicht für thunlich hielten, wenn ein Gau für Ost- und Westpreußen errichtet würde, mit dem Sitz in Danzig. Würde das Letztere beschlossen, so wäre er der Überzeugung, daß der Zweigverein Königsberg zu Grunde gehen würde. Unter keinen Umständen stellt Königsberg sich unter das Regiment Danzigs, weil die Sonne der Aufklärung in Danzig noch nicht aufgegangen ist. Die Kollegen Dübbe- und Wolbete-Königsberg, sowie Rosenthal-Bromberg, wünschen, daß die Agitation noch ein Jahr so bleibt. Kollege Wolf-Danzig führte an, daß die Einrichtung des Gauses notwendig, auch ein besoldeter Beamter angestellt werden müsse. Grünhage-Danzig: Es ist notwendig, den Vorstand des Gauses nach Danzig zu verlegen, damit eine unabhängige Person zur Verfügung steht. Die Königsberger Kollegen erkennen diese Notwendigkeit nicht an, weil ihnen durch die „Wolkzeitung“, welche an ihrem Orte erscheint, immer genügende Stärke für die Bewegung zur Verfügung gestanden haben. Krause-Bromberg führte in längerer Rede an, daß es zweckmäßig wäre, um eine Einigung herbeizuführen, den Sitz des Gauses nach Bromberg zu verlegen. Wolbete-Königsberg ist derselben Ansicht. Fensle-Bromberg tritt auch lebhaft für die Verlegung des Gauses nach Bromberg ein. Wömelburg führte an, daß die Gegensätze, welche zwischen Königsberg und Danzig bestehen, auf politische Ursachen zurückzuführen sind; er verdient den Brombergern es nicht, daß sie den Sitz des Gauses nach dort haben wollen, die geographische Lage der Stadt mache es aber unmöglich, daß dieses geladen könne.

Werner-Königsberg spricht für die Gauseinrichtung und bestirmt, daß Kollege Krause, weil er gemahngelt ist, die Geschäfte einzuweilen übernehmen kann.

Wolf-Danzig verteidigt noch in längeren Ausführungen die Verlegung des Gauses nach Danzig, weil als Leiter doch nur Kollege Schwarz in Betracht kommen könne und er weder Danziger noch Königsberger ist; der Sitz nach Bromberg würde zu viele Kosten verursachen. Weiter bewundert er die Gefälligkeit der Königsberger Kollegen gegenüber den Danzigern, weil sie doch noch niemals Fühlung miteinander gehabt haben.

Wigorowski-Graudenau führte an, daß die Diskussion so zu keinem Resultate führt. Der Beweis ist erbracht, daß die Agitationskommission nichts genügt hat, darum ist es notwendig, daß der Gau eingerichtet wird.

Dübbe-Königsberg ist der Ansicht, daß der Sitz des Gauses doch noch nach Danzig verlegt wird, er wundert sich aber, daß Wömelburg dafür eintritt.

Wömelburg behauptet nochmals, daß die Antipathie zwischen Danzig und Königsberg vorhanden ist. Den Gau nach Bromberg zu verlegen, ist unmöglich, weil dann Westpreußen und Posen zusammengelegt werden müßten, dieses aber nicht geschehen könne, weil Posen zum Gau Berlin gehört. Auch müßte mündlich agitiert werden, weil die schriftliche Agitation nach der Erfahrung, die wir gesammelt, wenig nützt. In die großen Mauerstädte, in der Mohranger Gegend, müßte man persönlich gehen, dieses lasse sich aber auch nicht nur am Sonntag erledigen. Auch können wir Kollegen Krise nicht anstellen, weil derselbe unter der jetzigen Verhältnissen weder in Danzig, Bromberg oder Königsberg als Erledigung von Vorstandsgeschäften Einfluß gewinnen würde.

Grünhage macht der Vorsitzende bekannt, daß ein Mittheilungsgramm aus Graudenau eingelaufen.

Fensle- und Krause-Bromberg sind mit den Ausführungen Wömelburgs nicht einverstanden, wünschen nochmals, daß der Gau mit dem Sitz in Bromberg errichtet wird.

Schwarz bemerkt, daß ihr das Resultat der Verhandlung nicht überrascht. Die Antipathie, die zwischen Danzig und Königsberg besteht, haben die jetzigen Kollegen, welche an der Spitze stehen, nicht verschuldet, dieses ist zurückzuführen auf die Genossen und Kollegen, welche in den

früheren Jahren das Vertrauen der Arbeiter genießt haben. Dadurch sind in den letzten Jahren keine Fortschritte Rückwärts zu verzeichnen. Weil jetzt aber vernünftige Kollegen an der Bewegung sind, wird es wohl möglich sein, die Danziger Arbeiterschaft auf ein höheres Niveau zu bringen; wird dieses erreicht, wird auch die bestehende Antipathie verschwinden. Die Agitation muß mündlich betrieben werden, weil man aus den Orten, wo keine Organisationen sind, überhaupt auf einen Brief keine Antwort erhalten würde. Auf die Gauseilung will ich nicht eingehen, dieses muß Sache der Konferenz sein, nur Eins will ich noch bemerken, daß der Osten noch Kaufleute kosten wird, bevor das Ziel, welches wir uns gesetzt haben, erreicht ist. In erster Linie ist es aber notwendig, wenn dieses erreicht werden soll, daß die größeren Städte organisiert werden. Können wir Danzig und Königsberg nicht organisieren, wird es in der Provinz sicher nicht möglich sein, darum ist es notwendig, daß eine Verständigung zwischen den beiden Orten herbeigeführt wird.

Wömelburg bringt folgende Resolution ein: „Die heute, am 8. Dezember, in Elbing tagende Konferenz der Zweigvereine des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands für die Provinzen Ost- und Westpreußen und den Regierungsbezirk Bromberg beschließt: 1. Zur Vertreibung und Förderung der Agitation werden für Ost- und Westpreußen und den Regierungsbezirk Bromberg Agitationskommissionen aus drei Personen eingesetzt. Als Sitz derselben wird Bromberg, Danzig und Königsberg bestimmt. 2. Zur Unterstützung der Agitation haben die Zweigvereine aus ihrer Lokalfasse im ersten, zweiten und dritten Quartale pro Mitglied und Quartale 10 M. an die Agitationskommission ihres Bezirkes abzuführen. 3. Der Vorstand wird ersucht, einen geeigneten Kollegen zu bestimmen, der innerhalb der drei Bezirke ebenfalls tätig zu sein hat. 4. Die nächste Konferenz findet im Jahre 1902 statt. Ort und Zeit bestimmt der Vorstand in Verbindung mit den drei Agitationskommissionen.“

Wolf- und Grünhage-Danzig sprechen gegen die Resolution und wünschen, daß der Gau eingerichtet wird.

Fensle-Bromberg ist dafür, daß Schwarz für die Ost- und Westpreußen angestellt wird und überließet.

Werner-Königsberg erklärt nochmals, daß er für einen Gau ist, aber nicht mit dem Sitz in Danzig, sonst würden sich die Königsberger zurückziehen, ist aber auch schließlich für die Resolution Wömelburg.

Die Abstimmung ergab gegen die drei Stimmen der Königsberger, daß der ganze Bezirk zu einem Gau errichtet wird. Wolf empfahl, den Sitz nach Danzig zu legen. Die Königsberger Delegierten wollen hierauf den Saal verlassen. Wömelburg ersucht dieselben, im Interesse der Bewegung zu bleiben, da die Sache ja noch nicht entschieden sei. Er schlägt weiter vor, nur eine Gauseinrichtungsperson einzusetzen und den Ort nicht zu bestimmen. Hiermit sind alle Delegierten einverstanden.

Kollege Schwarz Hamburg, wurde hierauf einstimmig zum Gauseinrichtungsbeamten gewählt, demselben es aber überlassen, nach welchem Orte er übersiedeln will.

Ferner wird auf Antrag Wömelburg beschlossen, daß die Zweigvereine pro Mitglied und pro Jahr 30 M für die Agitation aus der Lokalfasse zu zahlen haben. Weiter wird beschlossen, daß im nächsten Jahre wieder eine Konferenz vom Vorstande einberufen wird, die Bestimmung des Ortes bleibt demselben überlassen.

Nach einem einmündigen Schlußwort des Kollegen Wömelburg, wurde die Konferenz mit einem Guch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands um 6 Uhr geschlossen. Nach Schluß wurde von den Delegierten die Marcellaie geungen.

Am Sonntag, 1. Dezember, hielt der Zweigverein Ost-Schaumburg eine Mitgliederversammlung ab, in welcher auch Kollege Wolf-Berlin anwesend war. Derselbe hatte eine Skizzenrevue vorgenommen und bestätigte, daß er Wüder und Kaffe in besser Ordnung vorgefunden habe. Dann hielt Kollege Wolf einen lehrreichen Vortrag über: „Rück und Weiter der Organisation“, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Es wurde dann noch beschlossen, im Januar n. J. das Stiftungsfest abzugeben.

Am 28. November d. J. fand im Gewerkschaftshause die Spezialitz für Bremen in Betracht kommende regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Bremen-Eberfeld statt, welche gut besucht war. Den ersten Punkt der Tagesordnung stellte auch diesmal wieder die bevorstehende Vertreterwahl zur Innungsstranenfasse aus. Erregt wurde hierbei, daß die Innungsstranenfasse es unternommen haben, gleichzeitig mit den auszugehenden Legitimationen auch die Stimmzettel des ihnen gefälligen und willfährigen sogenannten „Gesellenvereins“ zu vertheilen. Der letztere, der nebenbei bemerkt größtentheils aus Partikern besteht, habe es durch seine bisherige Thätigkeit klar bewiesen, daß er absolut außer Stande ist, irgend etwas Günstiges für die Bauarbeiter zu schaffen. Auf die Wahl an sich wird unten noch näher eingegangen. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung: „Geschäftliche Angelegenheiten“, brachte Kollege Zünderfeld in Erwähnung, daß es wohl zweckmäßig und angebracht wäre, zur Stärkung der Lokalfasse wegen der aus dieser zu bestehenden städtischen Agitationskosten während der beitragsfreien Wintermonate einen Lokalfußlohn zu erheben. Nach einer diesbezüglichen Diskussion wurde der in folgender Weise formulirte Antrag einstimmig angenommen: „Rebes in Arbeit stehende Mitglieder ist moralisch verpflichtend, während der beitragsfreien Wintermonate einen wöchentlichen Lokalfußlohn von mindestens 10 M zu entrichten. Die Bezirksoffiziere werden mit der Erhebung desselben betraut.“ Des Weiteren wurde unter diesem Punkte bekannt gegeben, daß die vom neugebildeten Zweigverein Bremen-Eberfeld zu zahlende Reise-Unterstützung nur in Eberfeld von dem dortigen Kassirer ausgezahlt wird. Weiter den am 27. Novbr. vorgenommenen Wahlakt wäre noch zu berichten: Trotz der oben angezeigten, von den Unternehmern vorgenommenen Stimmzettelvertheilung (was doch gewissermaßen einer Wahlbeeinträchtigung gleichkommt) und trotz verschiedener ungehöriger, wenn nicht unaufrichtiger Manipulationen seitens des zitierten „Gesellenvereins“ am Wahlorte selbst, war sich doch die große Mehrzahl der Arbeiter, die zu wählen hatten, bewußt, von welcher Seite sie etwas Gutes und Gesehntes erwarten konnten und erheften Grund dessen die von uns aufgestellten 20 Vertreter eine Stimmzahl von 887, während

die vom besagten „Gesellenverein“ mit der beschämenden Zahl von 197 abgaben durften. Mit einem hundertstimmigen Guch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde das Ergebnis der Stimmabgabe aufgenommen in dem Beschlusse, einen vollständigen Sieg über den vermurdeten „Gesellenverein“ errungen zu haben. Doch scheint den Herren Unternehmern, die dem Wahlbeschlusse zugehören, das Stimmverhältniß nicht recht angenehm gewesen zu sein, obgleich der Innungsstranenfasse bei der Wahl ein mehrere Kollegen gegenüber erklärte: „Es ist mit vollständigem Gleich, ob es sozialdemokratische oder „christliche“ Arbeiter, denn mit solchen hat man es doch offenbar zu thun, sind, die gewählt werden.“ Denn ein paar Tage nach der Wahl ist in der dafür zuständigen „Warmer Zeitung“ zu lesen, daß von den von uns aufgestellten Vertretern fünf als nicht wählbar bezeichnet wurden, weil sie nicht Mitglieder der Innungsstranenfasse seien; an ihrer Stelle seien einfach fünf von der Liste des „Gesellenvereins“ als gewählt zu betrachten. — Die betreffenden als nicht wählbar bezeichneten fünf Personen sind bei einem gewissen Bauunternehmer beschäftigt, der erst zum 1. Januar der Innung beiträgt, aber selbst von den Arbeitgebern als wählbar erklärt worden und auch gewählt worden ist. Es scheint hiernach die Unternehmer eine eigenartige Logik und Rechtsauffassung zu besitzen. Selbstredend werden ununterzogen die nötigen Schritte gethan werden, eine solche offensichtliche Benachteiligung und Mißhandlung zu Sühnen zu machen.

Der Zweigverein Bremen auf Mühen nahm am 1. Dezember d. J. eine Versammlung ab, die folgendes Resultat ergab: Es waren im hiesigen Bezirk 24 Bauarbeiter, ein Umbau und drei Anbauten vorhanden, bei denen 16 Partikere und 194 anständige tüchtige Gesellen beschäftigt waren, die sämtlich dem hiesigen Zweigverein angehören; außerdem arbeiteten bei diesen Bauten noch 22 fremde Kollegen, die ebenfalls organisiert sind; ferner 64 Handlanger und 27 Lehrlinge. Unser Zweigverein zählt zur Zeit, nach dem die 15 Sungengelegen, die am 4. November ihre Rechte geltend machen, ihrer Beitritt erklärt hatten, 208 Mitglieder. Dann wurden noch im Bereich der früheren Sengenkampfer Bahnhöfe festgestellt: 7 Partikere, 84 Gesellen, 15 Handlanger und 6 Lehrlinge, die auf sechs Bauten arbeiten und nicht organisiert waren; außerdem arbeiten noch von auswärtigen Meistern (Straußhof, Uedermünde) eine Anzahl Kollegen hier; die Arbeitslosigkeit ist augensichtlich also noch eine gute zu nennen, und haben denn die Unternehmer ja auch den Betrag, der voriges Jahr geschlossen wurde, voll und ganz ein gehalten. Wenn wir in letzter Zeit in Bezug des Bauarbeiterstreiches auch kleinere Unfälle zu verzeichnen hatten, so einige Kollegen sich Abschießungen und Beschuldigungen gezogen, so ist dieses mehr der Unvorsichtigkeit der Betroffenen, als irgend einem anderen anzuhängen. Es mag hier noch erwähnt sein, daß dieses Jahr doch auch schon zwei Mal von Seiten der Unfallversicherung die hiesigen Bauten revidiert wurden, wobei man in den vorhergehenden Jahren nichts merkte.

Aus Braunschweig wird uns berichtet: In der am 10. Dezember stattgehabten Mitgliederversammlung der „Freien Vereinigung“ erhte man zunächst in üblicher Weise den Tod den Kollegen Entopp. Sodann berichtete Kollege Obermeier über die leider gescheiterten Einigungsversuche, welche zwischen Innungsstranenfasse und Verbandsleitung stattgefunden haben und empfiehlt, dem Vorstandsbeschluß, stattzugeben, welcher zum Sonntag, den 29. Dezember d. J. eine Konferenz der braunschweiglichen Städte unserer Organisationsform einberufen vorschlägt, zwecks Regelung einer einheitlichen Angelegenheit an den Zentralverband. Nach längerer Debatte wird, nachdem ein Antrag des Kollegen Schreiber auf Nichtübernahme der Konferenz abgelehnt, die Einberufung derselben und ihre Vertagung durch die Kollegen Prieler, Mische, Steinweg, Weiemer und A. Peters, beschlossen. Des Weiteren wird zum 1. Januar die „Einigkeit“ abbestellt werden. Kollege Weiemer berichtet, jedoch nicht die Thätigkeit des Gewerkschaftsvereins. Eine Diskussion hierüber findet nicht statt. Als Delegierte zum Kreis werden die Kollegen Weiemer, Toffmann und Obermeier, und als Ergänzung hierzu Kollege Gräß gewählt. Die Regelung der Wanderunterstützung betreffend, schlägt Kollege Obermeier vor, sich vollständig nach dem Verbandssatut zu richten, zugleich aber noch folgendes zu beschließen: dieselbe Unterstützung wird diesen Winter auch an lokalorganisirte Kollegen gezahlt. Denjenigen aber, denen es nicht möglich war, sich zu organisieren und denjenigen, welche noch kein Jahr im Verbands sind, wird ein Lokalfußlohn von 25 M gewährt. An hohen Festtagen werden die Unterstützungen verdoppelt. Der Vorstand faßt einstimmig Annahme. Während des Berichtes des Gesellenvereins schloß die Zeit so weit vorgezeichnet, daß von einer Abstimmung nach Handbitten hierzu, welche beabsichtigt in einer Innungsversammlung gemacht werden müssen, abgesehen, und dieses dem Vorstand überlassen wurde. Eine Diskussion zum letzten Bericht, welcher ja ein vorkläufiger sein konnte, fand nicht statt. Zu unserem diesjährigen Schlußberichtergängen wird ein Eintragsbuch nicht erhoben, sondern das Mitgliedsbuch bereinigt zum Eintritt.

Der Zweigverein Breslau hielt am 10. Dezember eine Mitgliederversammlung ab. Derselbe beschäftigte sich zunächst mit der Sperré über den Bau des Gipsfabrikanten Simon in der Gauerstraße. Kollege Röster, heißt, daß es gelungen sei, die dort arbeitenden Maurer bis auf einen zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen. Die Veranlassung besaß die den Vorstand, als die Baugewerkschaft ein Guch zu richten, dahingehend, ihrerseits ebenfalls Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen, da der Baubere Simon den Bau unter Umgehung der Meister in eigener Regie baut und den bei ihm beschäftigten Maurern nur einen Stundenlohn von 35 M zahlt, während bei den Meistern 45 M üblich sind. Die invidialen Kollegen Berger und Hiter: werden zu Ehrenmitgliedern ernannt, während die Mitglieder Dittke und Weich nur von den Zuschlagsbeiträgen befreit werden, weil sie nicht immer ihre Pflichten an den Verband erfüllt haben. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab eine Einnahme von M. 802.— bei einer Ausgabe von M. 248.55 gegenüberstand. Der Antrag des Kassirers, die Veranlagungssätze mit der Lokalfasse zu berechnen, wurde abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde dagegen ein Antrag, vom Zweigverein Breslau ein Merkmal herauszugeben, in welchem alle Rechte und Pflichten, die die Mitglieder an den Verband haben, eingehend dargestellt werden sollen, damit auch die Familienangehörigen der Mitglieder über die Bestimmungen des Verbandes aufklärt werden. Zum Schluß

erfuhr Kollege Möller die Mitglieder, mehr für besseren Ver-

Der Zweigverein Casse a. d. S. hielt am Sonntag, den 1. Dezember seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Am 6. Dezember hielt der Zweigverein Casse seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Befanlich dersuchte anfangs September die hiesige Freie Zinnung für das

trägt, dieselbe der Zinnung zu überreichen. Auf die Antwort der letzteren und die weiteren Schritte darf man gespannt sein.

Der Zweigverein Fliche hielt am 8. Dezember seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Nach dieser Waise ist es dem Vorstande des Zweigvereins in Frankfurt a. M. gelungen, zum 30. November wieder ein

Arbeitslosenstatistik des Zweigvereins Sandburg. Von November 1900 bis Oktober 1901.

Table with 6 columns: Monat, Zahl der Wit. gläubere, Betrag, Anzahl der Verträge, welche in d. h. gefertigt, In Prozenten, Zahl der Verträge, welche von Vertriebsstellen betroffen.

Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Table with 4 columns: Monat, Arbeitsmangel, Ungünstiges Wetter, Krankheit. Each column has sub-columns for Verloren and Tage.

Table with 6 columns: Monat, Summe der Arbeitslosentage, Gesamter Lohnausfall in Mark, Auf einen Vertragenamen im Durchschnitt arbeitslos für Tage, Auf einen Verträge Lohnausfall in Mark.

Arbeitslose Tage insgesamt: 104 686 1/2. Lohnverlust insgesamt: M. 523 171,06.

In Hagen wurde am 13. November durch die Baukontrol-

hielten 6 Gesellen 43 A (diese arbeiten bei einem nicht in Hagen anfassigen Unternehme), 17 42 A, 21 41 A, 220 40 A,

In der am 26. November abgehaltenen Mitgliederversammlung des Zweigvereins Sandburg erläuterte der Vorsitzende,

Aus Köln erhalten wir folgende Zuschrift: Schon seit Jahren machen wir im Rheinlande die größten Aufstre-

fanges wollen, andere Kollegen brutal niederknütteln, unbestimmt darum, ob die ganze Bewegung dabei zu Grunde geht. Und dabei können diese selben Elemente sich nicht genug leisten im Schimpfen auf die Vorkämpfer, die Geister und Messiaser, Kolladen usw., die nicht der Organisation beizutreten wollen. Ja, ist es denn ein Wunder, wenn die anderen Kollegen sich weigern, mit solchen Leuten im Verbande zu sein? Wenn uns nun durch diesen Anfall wieder die Bewegung in Gilden verloren geht, wer trägt dann die Schuld? Wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten auf die wenig erfreuliche Art und Weise, wie ein Teil der aus dem Osten zureisenden Kollegen sich hier betrug, hingewiesen. Mögen unsere norddeutschen Kollegen dafür sorgen, daß den jungen, auf die Wanderschaft gehenden Kollegen bessere Manieren beigebracht werden, bevor sie wandern. Wenn dieselben nichts Besseres wissen, als uns die Bewegung zu verderben, dann mögen sie lieber zu Hause bleiben, oder dahin gehen, wo der Pfeffer wächst.

Ernft Muth.

Am Sonntag, den 8. Dezember, fand im Vereinslokale in Lohau die erste Mitgliederversammlung des Zweigvereins statt. Der erste Punkt der Tagesordnung, „Stellungnahme zu dem Leipziger Verbandsbeschlusse“, wurde auf Antrag eines Kollegen verlagert. Im zweiten Punkt wurde die Wahl sämtlicher Vorstandsmitglieder vollzogen. Zum dritten Punkt wurde einstimmig beschlossen, die Mitglieder- versammlungen stets am Sonntag vor dem 15. im Monat stattfinden zu lassen.

Aus Magdeburg. Mithrasch werden hier dreimal Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgenommen; die letzte in diesem Jahre wurde am 4. Dezember vorgenommen und auf 95 Arbeitshellen 780 Kollegen wie 109 Bechlinge ermittelt. Davon arbeiteten 24 in Alford, 37 in Fabrik und bei 18 Kollegen konnte der Lohn nicht festgestellt werden. Bei den übrigen stellte sich der Lohn folgendermaßen: 14 Kollegen erhielten über 4 1/2, 15 = 47, 75 = 48, 252 = 49, 288 = 50 und 58 betamen über 50 1/2 pro Stunde, ergab einen Durchschnittslohn von 49/10 1/2. Im Allgemeinen wird bei den Unternehmern, welche dem Verbande nicht angehören, 60 1/2 und mehr gezahlt, dahingegen bei den organisierten Unternehmern wird auf das Bestehtliche darnach gesehen, daß der vereinbarte Lohn von 49 1/2 nicht überschritten wird. Bei Schmidt-Burda usw. Siemens kommt der vereinbarte Lohn nicht heraus. Ersterer ist Mitglied der Siebener-Kommission und hat sich mit unterzschrieben, daß in allen Baugeschäften ein Durchschnittslohn von 49 1/2 pro Stunde gezahlt werden soll. In Bremerseben-Werkschäften arbeiten zur selben Zeit bei 4 Unternehmern 34 Maurer und 4 Bechlinge sowie 6 Fabrikarbeiter. Davon erhielten 2 = 42, 4 = 49 und 28 = 50 1/2 pro Stunde und darüber, der Durchschnittslohn kam bei in Magdeburg gleich. In Osterleben arbeiteten bei 4 Unternehmern 10 Kollegen, davon erhielten 3 = 43, 4 = 44, 1 = 48 und 2 = 49 1/2 pro Stunde, ergab einen Durchschnittslohn von 45/10 1/2. Es sind im Ganzen für Magdeburg und Umgegend 824 Maurer und 118 Bechlinge festgesetzt; von 8 Bauten, wo ungefähr 20-30 Kollegen arbeiten, sind die Fragebogen nicht eingegangen. Gensio ist auf Bau Apfel, König Wilhelmsplatz, seine Lohnstafel aufgenommen. Es arbeiten dort 10-12 Streichecher für einen Lohn von 45 1/2 pro Stunde. Von Magdeburg sind es die Maurer B. Diltich, J. Behrens, S. Unglaube, C. Bönnemann, sowie Alb. Ulrich aus Graau, die letzten drei Gemeanten gehörten bis jetzt dem Verbande an. Bei der im vorigen Jahre am 4. Dezember aufgenommenen Lohnstafel wurden 829 Kollegen und 124 Bechlinge ermittelt; hier sind die Vororte nicht mit eingegriffen gewesen. Um nun zu ermitteln, wo die übrigen Kollegen heden, sollte zu gleicher Zeit in allen zu Magdeburg gehörenden Orten von Haus zu Haus durch unseren Kollporteur auch die arbeitslosen Kollegen gezählt werden. Leider haben nur 9 Ortschaften das Material eingelaßt, 8 Ortschaften fehlen, und es wäre wünschenswert, daß an der demnächst stattfindenden Zählung sich sämtliche Ortschaften beteiligen und pünktlich das Material einbringen. Die Zählung, bei welcher lediglich organisierte Kollegen in Betracht kommen, ergab folgendes Resultat:

Table with 6 columns: Name des Ortes, Zahl der Mitglieder, Zahl der Arbeiter, Zahl der Kinder, Wie viel Wohn- arbeits- los, Wie viel Tage arbeits- los. Rows include Magdeburg, Barleben, Graau, Golsb., Diebstorf, Gohndedeleben, Osterleben, Ottenleben, Wolfsmühl, Dah emarsleben, and a Summa row.

Bei der Aufnahme der Lohnstafel wurde auch gleichzeitig festgesetzt, wie die Bauten in Bezug auf Mithrasch, Baubuden, Aborte usw. beschaffen waren. Von den 95 Arbeitshellen waren 39 Neubauten, 29 Putzbauten und 27 Ausbauten resp. Scharwerkarbeiten. Beim Mauern auf den Neubauten waren 466 Kollegen, beim Putzen 188 und beim Ausbau resp. Scharwerk 129 beschäftigt. Die Fragen betreffs des Mithraschs, Baubuden, Aborte usw. wurden von 52 Bauten beantwortet; davon waren 33 in Händen organisierter Unternehmer, 19 nicht, auf 29 Bauten hängen Unfallversicherungsbeschlüsse aus, auf 23 nicht; auf 41 Bauten war das Mithrasch gut, auf den übrigen mangelhaft; auf 24 Bauten wurde die Baufestlage gleich abgedacht. Baubuden waren auf allen Bauten vorhanden, davon waren 43 von Anfang des Baues schon gegeben, die übrigen sind später in den Bau verlegt, 1 Bude hatte kein wasserfestes Dach, 4 hatten eine luftdichten Wände, bei 7 waren die Fenster nicht zum Öffnen, 2 hatten keine verschließbare Thür, 23 hatten Holzfußböden, 4 Giebelkeller, auf nur 24 Bauten war ein Kasten mit Verbandmaterial, in 1 Bude wurde Baumaterial getagert. Ofen waren in allen Buden, aber auf 38 konnten nur Speifen geschot oder gewärmt werden. Auf 2 Bauten waren keine Aborte, dieselben lagen in der Stadt, dort mußten die Arbeiter nebenangehen. Von den 60 Bädern hatten nur 37 ein wasserfestes Dach, in 2 konnte man von der Straße resp. vom Nachbargasse hineinsehen, 3 hatten nur 27, Siebilden nur 20, Aufsatz an die Kanalisation 7, wasserfeste Linnen oder Gruen nur 17, regelrecht gereinigt und desinfiziert wurden 20, Urknelmer in den Fragen waren

auf 5 Bauten. Die Abortanlagen lassen in Magdeburg noch viel zu wünschen übrig, ebenso das Abdecken der Balkenlagen, wie auch die Baubuden, wenn auch nur eine vorhanden war, welche kein wasserfestes Dach hatte, dieselbe ist auf dem Bau von F. F. Meyer, Lustigebäude, dieselbe hat nicht nur kein wasserfestes Dach, sondern durch die Wände pfeift von allen Seiten der Wind. Ebenso schlecht sind dort die Abortanlagen. Es ist dies derselbe Bau, an dem kürzlich der Parier herunter- stürzte und sich einen Schädelbruch dabei zuzog. Der Unternehmer ist keiner der schlechtesten, sondern es liegt meistens nur an den Partieren; um hier Abhilfe zu schaffen, aber diese stehen nur immer auf dem höchsten Stande Mauerwerk, damit sie alle übersehen und jeden gehörig antreiben können oder aber sie faren oder fahren selbst Seine zu und in ihrem Gifer beachten sie garricht, daß sie dadurch mehr Unheil als Vorteile bringen. Konstatirt wird werden, daß auf allen Bauten die vertragsmäßige Arbeitszeit von sieben Stunden innegehalten wird.

In Magdeburg haben die organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in einer am Dienstag, 3. Dezember, abgehaltenen von etwa 2000 der in Betracht kommenden Arbeiter besuchten Versammlung beschlossen, unter Berücksichtigung der voraussichtlich noch längere Zeit andauernden schlechten wirtschaftlichen Lage im kommenden Frühjahr von der Forderung einer Lohnherabsetzung Abstand zu nehmen und eine Verlängerung des jetzt im Baugewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Lohnvertrages, unter geringen Abänderungen, auf ein weiteres Jahr zuzustimmen.

In der Versammlung verlas Genosse Schöch zunächst den bis zum 1. April 1902 noch gültigen Lohn- und Arbeitstafel, welcher außer der Regelung der Arbeitszeit bestimmt, daß der Lohn für Maurer und Zimmerer pro Stunde 47 bis 50 1/2 betragen soll, mit der Maßgabe, in jedem Geschäft ist ein Durchschnittslohn von 49 1/2 zu zahlen. Hilfsarbeiter erhalten 10 1/2 weniger pro Stunde.

In der Diskussion ergreift zuerst Genosse Koch das Wort. Er führt aus, wie die Arbeiter im Baugewerbe, dank ihrer guten Organisation, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse seit vier Jahren fortgesetzt verbessern hätten. Die Anerkennung der Organisation, welche nach langen Kämpfen erungen sei, bezieht, daß Abmachungen nicht mehr von Person zu Person, sondern von Korporation zu Korporation stattfinden. Das sei ein eminenter Vorteil. Jedner empfiehlt in Anbetracht der ganzen Geschäftslage, von einer Lohnherabsetzung im nächsten Jahre Abstand zu nehmen und den jetzt bestehenden Lohnvertrag, der bis zum 31. März 1902 Gültigkeit habe, überall noch mehr Geltung zu verschaffen. Jedner empfiehlt der Versammlung nachstehende Resolution zur Annahme:

- 1. Die beiden untersten Lohnklassen, welche, wie unsere Lohnstafel beweisen, in den letzten beiden Jahren fast garnicht in Betracht kamen, in der Lohnstafel gestrichen werden,
2. die Arbeitgeber von der Errichtung eigener Betriebskrankenkassen Abstand nehmen;
3. das Vertragsgebiet über das Reichsbild der Stadt hinaus in zweideutiger Weise vergrößert wird, und daß
4. auch den Zimmerleuten bei Brückenbauten und dergleichen die im Tarif für Baufestarbeiten vorgezeichneten Lohnherabsetzungen gezahlt werden.

Hierüber entwickelt sich nun eine lebhafteste Diskussion. Genosse Gistau beantragt eine Lohnherabsetzung von 55 1/2 für Maurer und 45 1/2 für Arbeiter, da Stillstand Rückgang bedeute. Eine Reihe von Genossen spricht dagegen. Genosse Gasper wünscht Abschaffung der Alfordarbeit. Von einer anderen Seite wird beantragt, die Freigabe des 1. Mai zu verlangen. Die drei Anträge werden abgelehnt. Albrecht beantragt, im § 2 des Arbeitstafels an Stelle des Satzes: „Mit der Maßgabe, daß in jedem Geschäft ein Durchschnittslohn usw.“ der Passus: „... daß in jeder Arbeitsstelle ein Durchschnittslohn usw.“ gesetzt werde. Albe beantragt, im Tarif den Lohn für Stein- und Stralfragen auf 50 1/2 pro Stunde festzusetzen. Nachdem Genosse Koch ein Restum über die in der Diskussion zu Tage getretenen Ansichten gegeben, wird die Resolution Koch mit den Zusatzanträgen von Albrecht und Albe gegen vier Stimmen angenommen. In die Siebener-Kommission wird an Stelle des Kollegen Richter Kollege Hahn gewählt. Die Kommission besteht jetzt aus den Kollegen Lude, Wayne, Gahn, W. Wädel, Kleine, Hausmann und Fischer.

Hierauf erstattet Kollege Schöch Bericht über den Stand der Baupreise Apel. Von den hiesigen Mauern haben sich drei, die aber minderwertig sind, gefunden, um dort zu arbeiten. Die Hilfsarbeiter setzen sich aus einigen Metall- und Holzarbeitern, sowie einigen Hausdienern zusammen. Zum Schluß berichtet Kollege Albe über den Verlauf der Arbeitslosenversammlung am Dienstag Vormittag. Er protestirt gegen die Zahlung eines Stundenlohnes von 25 1/2 bei den von Seiten des Magistrates projektierten Kanal- und Erdarbeiten.

Hierauf Bezug nehmend, wird noch folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter von Magdeburg und Umgegend berurtheilt auf das Entschiedenste das Vorgehen des Magistrates betreffs Festsetzung der niedrigen Löhne bei den in kürzester Zeit auszuführenden Negiarbeiten und erwartet, daß in der demnächst stattfindenden Stadtberechnung nur die Ausföhrung notwendiger Arbeiten in eigener Regie beschlossen wird, bei allen Arbeiten aber derjenige Lohn gezahlt wird, welcher zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der einzelnen Berufe festgelegt ist. Dieses ist das Minimum, welches jeder Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt gebraucht.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden und einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen der drei Gewerkschaften wurde die impopante Versammlung geschlossen. In Ober-Märken fand am Sonntag, den 1. Dezember, die letzte diesjährige Mitgliederversammlung statt, welche

gegenüber anderen Mitgliederversammlungen gut besucht war. Zunächst schilderte der Bevollmächtigte einmüßig die Entwicklung und den Stand der Zahlstelle. Darnach haben sich die Kollegen in diesem Jahre besser als sonst an der Organisation beteiligt und ist die Zahl der Mitglieder, statt wie in den früheren Jahren zu fallen, in diesem Jahre gestiegen, was als ein erfreuliches Zeichen anzusehen ist. Ein Kollege theilte mit, daß die Firma Morjchel in Bad Nauheim den vereinbarten Lohn von 28 1/2 pro Stunde nicht innehalte und nur 26 1/2 pro Stunde zahle. Dieses wurde von der Versammlung einer scharfen Kritik unterzogen, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß gerade der Unternehmer Morjchel es war, der, als die Wogen der Lohnbewegung im Jahre 1899 hoch gingen, es versuchte, einen Keil in die Organisation zu treiben, indem er sich an der Gründung der hiesigen christlichen Maurervereinigung beteiligte. Um unserer Organisation dann noch den Todesstoß zu versetzen, demnützte die christlichen Zimmerleute bei dem Kriegervereine, welchem verschiedene Kollegen angehörten, als sozialdemokratisch. Als auch dieses Mittel nichts half, wurden unsere Kollegen erklärt, wer in den christlichen Verband ginge, bestäme Interarbeit. Auf die Art und Weise wurden unsere Kollegen aus dem Geschäft Morjchels hinausgebrängt, und die Christlichen haupter allein bei ihm. Und zur Lohnabzug. Da moien wir zu dem Schaben noch den Spott ernten. Ihre Freie haben schon behaute den Aiden und die so verhasste freie Gewerkschaft lebt immer, noch.

In Marlen i. V. fand am Dienstag, 3. Dezember, eine öffentliche Maurerverammlung statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung, „kontinentalperre und gewerkschaftlicher Duvott“, erwiderte die Genosse Müller seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden. Im zweiten Punkt, „Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsrath“, wurden drei Kollegen als Vertreter gewählt. Hierauf wurde zur Wahl einiger Zeitungsanstreger gestritten. Nachdem auf die Bedeutung der Anstreger in Verbindung mit der Einstellung der Beiträge hingewiesen wurde, fiel die Wahl auf fünf Kollegen, welche nach die Aufgabe haben, sich das geschenkte Vertrauen zu erwerben. Hierauf wurde beschlossen, beim Vorstand des Zentralverbandes der Maurer den Ausschluß des Kollegen Herrn. Meiser zu beantragen. Die Unterföhrungsfrage wurde nach lebhafter Debatte durch folgenden Antrag erledigt: „Die heutige Versammlung beschließt, daß das Kranengeb. des Stergebeld, sowie die Arbeitslosen-Unterföhrung, welche laut dem Interimsumsatzfonds (auf der Karte zu sehen) gewährt werden soll, wegfällt, da die Frage für Frauen zu verfrüht ist, auch diesen Darlehen nicht gewährt werden.“ Einem Antrag des Kollegen Pfeil, welcher im Monat November beantragt, ihm eine Unterföhrung zu gewähren, wurde stattgegeben; er erhielt eine Unterföhrung von 10.

Der Zweigverein Harthor hielt am 1. Dezember, eine Mitgliederversammlung ab, zu welcher Kollege John aus Weeslau als Referent erschienen war. In trefflichen Worten schilderte Jedner die gegenwärtige Lage im Baugewerbe, unterzog das Submissionswesen an der Hand zahlreicher Beispiele einer scharfen Kritik, tadelte den heute noch unter den Bauhandwerkern anzutreffenden Muthrasch, und empfahl zum Schutze den Berufslogen, den heranommenden Winter zur eifrigen Agitation zu benutzen. Als geschlossene, festgerinnete Masse können die Bauhandwerker dann den Unternehmern überzeit als ebenbürtige Gegner entgegen treten. Mögen die Worte des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen sein und möge die Zukunft zeigen, daß das Solidaritätsgefühl unter den Bauhandwerkern, namentlich aber auch unter den Randkollegen, immer weitere Kreise zieht. Zum Schluß ermahnte Kollege John die unorganisierten Kollegen zum Anschluß an den Verband. Dann wurden die bei der Lage kommen, sich mit ihren bereits organisierten Brüdern ein besseres Loos erkämpfen zu können.

In der Mitgliederversammlung des Zweigvereins Nordorf-Weiß am 3. Dezember wurde zunächst das Anhalten des verstorbenen Kollegen Mann in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Verstorbene mit seinen Beiträgen im Hinblick war und er deshalb des Sterbegeldes verlustig gegangen sei, auch sei von einer Kranzgebende Abstand genommen worden. Die Mitglieder möchten dieses beherzigen. Es wurde hierauf die Hausaffirmierung und die Einführung der Einheitsmarke zur Debatte gestellt. Nach einer lebhaften Aussprache wurde die Hausaffirmierung mit 78 gegen 41 Stimmen abgelehnt, jedoch die Einführung der Einheitsmarke mit großer Mehrheit beschlossen. Die Debatte über das Ortsklatur wurde wegen der vorgerückten Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Schluß wurde noch auf die bevorstehende Arbeitslosenzählung hingewiesen und die arbeitslosen Kollegen ersucht, sich an derselben zu beteiligen.

Der Kravall in Kolberg, über den wir in Nr. 38 unseres Blattes berichteten und der anfänglich der Importierung einer Anzahl „Arbeitswilliger“ einfland, hat gegen eine Reihe von Personen zu einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs geführt, die am Sonntag, den 14. d. M., vor dem Schwurgericht in G 8 1 n verhandelt wurde. Es waren insgesamt angeklagt 16 Personen, davon 12 Maurer, 1 Arbeiter, 1 Frau und je ein Maurer und Zimmerlehrer. Die Verhandlung endete am Sonntag Morgen, 4 Uhr, mit der Verurteilung des Hauptangeklagten Weidmann zu 3 Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten erliefen Gefängnisstrafen von 14 Monaten bis herab zu 3 Wochen; die mitangeklagte Frau Weidmann wurde zu 10 Geldstrafe verurtheilt und ein Angeklagter wurde freigesprochen. Wir werden auf das Urtheil noch zurückkommen.

Die Hamburger Affordmänner sind nunmehr von den drei sozialdemokratischen Vereinen in Hamburg ausgeschlossen worden. Von dem Ausschluß wurden im dritten hamburgischen Wahlkreise betroffen 100, davon waren 60 über drei Monate mit ihren Beiträgen im Hinblick und waren somit ohnehin als ausgeschlossen zu betrachten; 9 hatten vorher freiwillig ihren Austritt erklärt. Im zweiten hamburgischen Wahlkreise wurden von dem Ausschluß 3 betroffen, im ersten Wahlkreise 18 und im Wandsbekker Verein 15; hieron hatten 8 vorher ihren Austritt erklärt.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Darmstadt. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, 5. Dezember, stürzte die neubauende chemische Fabrik in einer Länge von 20 Metern und einer Breite von 16 Metern vollständig zusammen. Die Ursache des Zusammenstürzens soll in dem starken Auspumpen des Grundwassers, wodurch auch die Fundamente zum Weichen gebracht wurden, zu suchen sein. Das Gebäude ist zwei Stockwerk hoch und von einem der größten Baugeschäfte Darmstadts ausgeführt. Die Firma ließ die Mauerarbeiten in Auftrag anfertigen. Wäre der Einsturz eine Stunde früher erfolgt, dann wären 20 Mann in äußerster Gefahr gekommen.

Frankfurt a. d. O. Am 12. Dezember, Nachmittags gegen 4 Uhr stürzte ein Teil des Neubaus des Geschäftlichen Warenhauses ein. In dem Bau konnten die sogenannten Patendeden in Anwendung, die auch bis zur vierten Etage fertiggestellt waren. Hauptsächlich stürzte die obere Decke zusammen und schlug bis zum Kellerhoch durch, unter sich acht Arbeiter begrabend. Aber das Unglück beruht, die H. D. B. In der vierten Nachmittagsstunde brach die obere Wanddecke an der westlichen Seite des Geschäftlichen Warenhausneubaus in der Regierungsstraße durch, durchschlug die beiden unteren Decken und begrub mit diesen die im unteren Raum des Neubaus befindlichen Arbeiter, Zimmerleute und Arbeiter. Als sich die übrigen am Bau beschäftigten Leute vom ersten Schreck erholt hatten, eilten sie sofort zur Rettung der Verunglückten herbei. Schnell wurde die Feuerwehr alarmiert, die denn auch sofort zur Stelle war und das Rettungswerk unternahm. Es gelang bald, drei Mann, durchweg recht schwer verletzt, aus dem Berg von Trümmern heraus zu holen. Gegen 4 1/2 Uhr wurde ein vierter Verunglückter aus den Trümmern herangezogen. Von einem Augenzeugen wird noch gemeldet: „Ich stand vor dem Spielwarengeschäft von Kallmich in der Regierungsstraße und wandte mich gerade zum Weitergehen nach der Post zu, als ich ein heftiges Krachen vernahm und der Ruf hörte: „Meinet Guts, der Bau stürzt ein!“ In demselben Augenblick begann ein Rollen und Rumpeln, das sich in Sekunden zu Schrecke führte, jedesmal beim Durchschlagen einer Decke von einem Donnerstöße begleitet. Nach etwa 1 1/2 Minuten hörte es auf und eine unheimliche Stille folgte. Aus dem dichten Staubwolken und aus dem Chaos von Trümmern wurde das Rufen der bei der Arbeit beschäftigten gewöhnlichen Leute laut, die in die Höhe das obere Stockwerk verließen; von den unter den Trümmern liegenden Verwunden war kein Laut mehr zu hören. Einer der Arbeiter, der in unmittelbarer Nähe der Einsturzstelle beschäftigt gewesen sein muß, erzählte eine bewundernswürdige Selbsterrettung. Er hatte seinen Boden mehr unter den Füßen und hielt sich im Gangraum an einem festhängenden Querbalken fest, während ihm Balken und Steine um die Beine sausten. Als die für ihn hundertfach fürchterlichen Minuten vorüber waren, konnte er sich auf den festhängenden Teil des Hauses retten.“

S a m b u r g. Ein Baumfall ereignete sich am Freitag, 13. d. M., beim Umbau des Hauses „Münster Vorplatz“ 10, wo der Maurer Adolf Ahrens, als er auf dem Boden des Hauses eine Aufwindvorrichtung anbringen wollte, mit der Leiter umfiel und hinabstürzte. Hier wurde tief fiel er auf einen Balken und dann gegen ein Gefälle, an dem er sich festhielt; bis seine Kollegen ihn aus seiner schrecklichen Lage befreiten. Ahrens hat bei dem Fall einen Beinbruch erlitten und wurde deshalb ins Krankenhaus gebracht. Ein Augenzeuge bemerkt, daß das bei dem Umbau zum Herabfallen des Korbes, mit Aufschlag verwendete Tau sehr mangelhaft ist. Die Bauarbeiterversicherungsmitteln sind in der Lage sein, sich die Sache einmal anzusehen.

K i e l. Eingeführt ist am 9. Dezember die Hälfte eines vierstöckigen Neubaus an der Bahnhofsstraße in der Nähe des Bismarck-Hauses. Menschen sind glücklichweise nicht dabei zu Schaden gekommen.

Leipzig, 14. Dezember. Gestern Vormittag in der ersten Stunde stürzte der 28 Jahre alte Zimmermann Haupt auf dem Neubau Ecke Wettinstraße und Albstadtstraße beim Balkenlegen aus dem dritten Stockwerk in das erste hinab und zog sich dadurch mehrere erhebliche Kopfverletzungen zu. Der Verunglückte wurde in der Sanitätsküche verbandelt, worauf er sich in seine Wohnung begab. — Ein ähnlicher, aber schwerer Unfall ereignete sich gestern Nachmittag, auf dem Neubau an der Ecke der Langenstraße und Wiedertscherstraße in Leipzig-Gohlis. Dort stürzte der 28-jährige Maurerpartier Wok aus Mithal bei Brücken, aus der Höhe des ersten Stockes von einer Leiter, wobei er einen Bruch des Beckens davontrug. Mittels Kranenungens erfolgte die Überführung des Verunglückten in das Krankenhaus.

M i n n e n - G l a d b a c h. Ein schwerer Baumfall passierte am Freitag, 13. Dezember, Vormittags 1/2 Uhr, bei den Auswechslungsarbeiten an dem Gebäude der ehemaligen höheren Töchterschule am Mitteldeckerplatz. Es werden dort Auswechslungsarbeiten vorgenommen und soll das Portico in große Verkaufsläden umgewandelt werden. Zu diesem Zwecke muß das Mauerwerk des Hauses geeignete Stützwärer erhalten. Bei Anstellung eines solchen starken Balkens ritz nun im letzten Moment, als er schon ziemlich aufrecht stand, das Seil. Durch das Umfallen des Stützbaumes wurde ein Arbeiter, der auf einer Leiter stand, von dieser auf den Boden herabgeschleudert, wodurch er sehr schwere innere Verletzungen erlitt. Ein weiterer Arbeiter wurde so unglücklich am Kopfe getroffen, daß er bewußtlos liegen blieb. Ein anderer Arbeiter wurde leichter verletzt. Die beiden schwer Verletzten wurden in das Krankenhaus gebracht.

M a i t h o r. Am 13. Dezember ereignete sich an dem Umbau eines Hauses in der Bahnhofsstraße ein schwerer Unfall. Als ein Maurer damit beschäftigt war, die Schalung unter einer frisch gewölbten Kuppe zu entfernen, stürzte das Gewölbe zusammen und begrub den Unglücklichen unter den Trümmern. Die Ursache des Einstürzes ist darin zu suchen, daß das Gewölbe, welches sich auf der einen Seite an einer 25 cm starken Wand ablehnte, auf der anderen Seite nicht genügend Widerstand hatte; auch hat der Anstand zum Einstürze mitgewirkt, daß auf

dem Gewölbe circa 4 Fuhren Schutt lagerten. Der Einsturz hätte nicht erfolgen können, wenn genügend Schalung vorhanden gewesen wäre, um das andere Gewölbe auch fest stellen zu können. Der verunglückte Maurer, Anton Koschik mit Namen, hat schwere Verletzungen davon getragen und liegt im südlichen Lazareth hoffnungslos darnieder. Der Arbeiter heißt Wlachow und hat 1890 in Hamburg während des dortigen Streiks gearbeitet.

Leistungsfähige Unternehmer. Wie leistungsfähig mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter umgegangen wird, das zeigte eine in Braunschweig stattgefundene Gerichtsverhandlung. Am 9. Juli war dort eine Futtermauer eingestürzt und hatte zwei daneben beschäftigte Arbeiter unter sich begraben. Sie wurden so schwer verletzt, daß sie noch heute arbeitsunfähig sind. Angeklagt waren die Maurermeister Karl und Paul Stern. Durch den Zeugen Karl Regeker wurde ausgesagt, als er den Maurermeister Paul Stern auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht habe, da habe dieser geantwortet: „er lasse nicht abhören, was es geschähe, was da wolle.“ Die beiden Sachverständigen, Stadtbaumeister Wenander und Bauinspektor Siburg, äußerten sich dahingehend, daß in ärztlicher Weise gegen die Regeln der Bauordnung verstoßen worden sei, indem die Abschätzung der Mauer ohne jede Abstützung vorgenommen wurde. — Der Vorarbeiter erhielt sechs Wochen Gefängnis. Die beiden Maurermeister kamen mit je 100 Geldstrafe davon. — Bei solchen milden Strafen werden sich die Unfälle nicht beseitigen. Eine gründliche Baukontrolle, an der auch Arbeiter teilnehmen müßten, würde erst hierin Wandel schaffen.

Zum Submissionswesen. Zu den Arbeiten der Bewegung um ungefähr 25 000 cbm Ausfüllungsarbeiten sowie zur Herstellung von circa 4000 qm Befestigungsbedeckung bei der Erweiterung des Bahnhofs Mengedei. M. wurde ein öffentliches Ausschreiben herausgelassen, zu welchem nach einer Mitteilung der „Bau-Z.“ 40 Submittenten ihre Offerten abgegeben haben. In diesen betragen 20 Preisabgaben in den Summen von circa 8 000 bis 9 000, während die niedrigste Summe mit 4 420 und die höchste mit 8 240 gefordert wird. Hiernach übersteigt die Höchstforderung die Mindestforderung um mehr als das 1 1/2fache.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Eine Neuerung im Reichsversicherungsamt, die von sehr zweifelhaftem Nutzen für die Versicherten sein kann, wenn sie zur Einführung gelangt, ist in Vorbereitung begriffen. Dieser bildeten die einzelnen Senate kein häufig aus denselben Mitgliedern zusammengesetztes Kollegium, sondern die Mitglieder wurden je nach den Umständen bald diesem, bald jenem Senat zugehört. Nunmehr soll dieser Wechsel beseitigt werden, nur die Versicherten aus den Kreisen der Unternehmer und Arbeiter werden wechseln. In eingeweihten Kreisen befürchtet man, daß mit dieser Änderung sehr leicht auf die Senate eingewirkt werden könnte, die nach Meinung gewisser Leute für die Versicherten allzu günstige Urteile fällen. Es sollte dann noch, daß man die Unfälle nach ihrer Art geordnet, bestimmten Senaten überantwortet, ebenso für die Invalidenten eigene Senate schafft. Der Formalismus nimmt in einem recht bedenklichen Maße zu.

Nach unser Information haben sich in letzter Zeit mehrere Neuerungen bei diesem Institut bemerkbar gemacht, die mehr zum Vortheil der Berufsgenossenschaften ausfallen. Wir wollen hier auf die vielen Abweigungen von Entschädigungen für entstandene Verletzungen, welche sich die Versicherten bei der Arbeit zuzugewinnen, sowie auf die Verschiedenartigkeit der Befähigungen von fählichen Arbeitstagen in den einzelnen Verufen, wonach die Renten berechnet werden, hinweisen.

Polizei und Gerichte.

* Das Einkommensverpflichtete Vermögen eines Mannes bildete bei Grund einer Klage, die vor dem Oberverwaltungsgericht zur Entscheidung gelangte. Der in Frage kommende Mann war ein in jedem Frühjahr auf Mauerarbeiten nach außerhalb und kehrt erst im Spätherbst nach Hause zurück. Im Durchschnitt von drei letzten Jahren war er circa neun Monate in jedem Jahre von Hause fern gewesen. Wegen seiner Veranlagung zur Staatssteuer hatte er nun reklamiert, weil, wie er behauptete, sein Einkommen unter 4 000 betrage, denn sein durchschnittliches Jahreseinkommen, das allerdings, unter Zugrundelegung von 222 Arbeitstagen, den Tagesverdienst zu 4 4 gerichtet, M. 928 ausmache, sei er berechtigt, die Kosten bezw. Mehrkosten in Abzug zu bringen, die ihm für die Eins- und Rückreise, wie für die Wohnung und Verpflegung außerhalb seines Hausortes erwachsen. Trotz dieser Ausführungen war er von der Veranlagungskommission doch nicht, seinem Antrag gemäß, von der Staatssteuer freigeschult worden, und demgemäß rief er die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts an. Diese Instanz hat die Beschwerde des Mannes als berechtigt anerkannt und ihn demzufolge von der Steuer freigeschult. Der Gerichtshof hat sich der Ansicht nicht verschließen können, daß die aufgewendeten Mehrkosten dadurch hervorgerufen werden, daß der Beschwerdeführer gezwungen ist, in erheblicher Entfernung von seinem Hausort zu arbeiten. Gemäß § 9, I, 1 des Einkommensverpflichteten muß aber dieser Betrag von dem der Besteuerung unterliegenden Reineinkommen in Abrechnung gebracht werden. Schließt dies, so sinkt das angenommene Einkommen von M. 4 420 auf 222 Arbeitstage = M. 928 - 1/2 von weit unter M. 900, der Grenze der Steuerpflichtigkeit, herab. Darnach müßte also die Entscheidung im Sinne der Beschwerde des Mannes gefällt, wie er selbst von der Verpflegung, Staatssteuern zu zahlen, bereit werden.

* Wegen Sonntagseinstellung hatte sich am 6. Dezember der Maurer Stephan Dirre aus Odenbüttel vor dem Schöffengericht Magdeburg. M. u. s. a. b. zu verantworten, weil er während des Hauptgottesdienstes an einem Sonntage im September bei den in Odenbüttel wohnenden Mitgliedern des Verbandes der Maurer Deutschlands in ihren Wohnungen Mitgliederbeiträge einlieferte hatte. Die Polizeiverordnung über die Feiertagsfeier der Sonntage und Feiertage verbietet an Sonntagen alle öffentlich bemerkbaren gewerblichen Arbeiten. Der Gerichtshof schloß sich jedoch den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt Handberg an,

daß es an nichts weniger als den sämtlichen Thatsachenmalen der Polizeiverordnung fehle; sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten, einschließlich derjenigen der Verurteilung, der Staatskasse auf.

* Was die Gerichte Alles als Verleumdung ansehen. In der Leipziger Volkszeitung waren seinerzeit eine Anzahl Sankturen mit Namen genannt worden, die wegen Beitritt zur Freien Vereinigung der Sankturen aus dem Zentralverband ausgeschlossen worden waren. Die Liste war dem Blatte vom Schriftführer des Verbandes, dem Sankturator W o r m s, zur Veröffentlichung übergeben worden.

Die Sankturator Schier, Klein und Gebhard fühlten sich durch die Namentnennung beleidigt und stellten Strafantrag gegen Worms und den verantwortlichen Redakteur der Leipz. Volksztg., Genossen P o l l e n d e r. Die Staatsanwaltschaft übernahm die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse und das Gericht verurtheilte Pollender zu 100 und Worms zu 50 Geldstrafe.

* Ist der Hausflur ein öffentlicher Ort? Mit dieser Frage hatte sich kürzlich das Kammergericht zu beschäftigen. Den Anlaß dazu gab folgender Thatsachend. Unser Parteigenosse Zug in S a r b u r g hatte ohne polizeiliche Erlaubnis in zwei Säulern Posthorn-Flugblätter verteilt und war deshalb wegen Vergehens gegen den § 10 des preussischen Vergehsgesetzes vom 1881 angeklagt worden. Die Staatsanwaltschaft nahm ein Vertheilen von Druckschriften an einem öffentlichen Orte im Sinne dieses noch rechtsgültigen Paragraphen an. I. wurde jedoch in zweiter Instanz freigesprochen. Zur Begründung führte das Landgericht aus: „Es habe zwar festgestellt, daß der Angeklagte in den Säulern Druckschriften verteilt und ein Flugblatt durch eine Thürhölzer gesteckt habe. Indessen sei anzunehmen, daß die Hausflure von Arbeitsheimern keine öffentlichen Orte seien. Der Angeklagte hätte deshalb einer polizeilichen Erlaubnis nicht bedurft.“

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Oberstaatsanwalt am Kammergericht istoch sich dem Rechtsmittel an, indem er geltend machte, der Ausdruck des Paragraphen betreffend den Charakter der Hausflure sei in seiner Allgemeinheit nicht zutreffend. Hausflure seien vielmehr in einem öffentlichen Orte, man ch a l n i c h t. Es komme immer auf den Spezialfall an. Darum beantrage er die Zurückverweisung der Sache an den Vorberichter, damit dieser nach Lage der besonderen Verhältnisse im vorliegenden Fall feststelle, ob hier der Hausflur als öffentlicher Ort anzusehen sei. Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Hausflure seien, wenn sie auch unter Umständen öffentliche Orte sein könnten, aus jeden Fall geschlossene Räume im Sinne des § 48 Absatz 1 der Reichs-Gewerbeordnung, wonach in solchen Räumen die nichtgewerbliche Vertheilung von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis geübt sei. Somit rechtfertige sich ohne Weiteres die Freisprechung des Angeklagten.

* Gewerblichen und Versicherungsstellen. Einen unerwarteten Ausgang nahm in Braunschweig ein Prozeß gegen den Tabakarbeiterverband. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, D e i c h m a n n - W r e m e n, wegen Verletzung des § 300, 9 des Reichs-Strafgesetzbuches die Anklage erhoben. Der betreffende Paragraph lautet: Wer geschäftlichen Bestimmungen zuwider ohne Genehmigung der Staatsbehörde Ausschreiter, Stetere, oder Wittensaffen, Versicherungsanstalten oder andere dergleichen Gesellschaften oder Anstalten errichtet, welche bestimmt sind, gegen Zahlung eines Einlagegeldes oder gegen Leistung von Selbstbeiträgen beim Eintritt gewisse Bedingungen oder Fristen, Zahlungen an Kapital oder Renten zu leisten, wird mit Geldstrafe bis zu 1 600 oder mit Haft bestraft.

Der Prozeß stand schon einmal vor dem Schöffengericht in Braunschweig zur Verhandlung, wurde aber vertagt, um frühere in Preußen zu Gunsten des Verbandes ergangene Gerichtsurtheile einzubringen.

Am 28. November kam er wieder zur Verhandlung. Der Vertreter des Angeklagten, Dr. Waide, erklärte, daß der § 300, 9 nur von der Errichtung von Versicherungsanstalten spricht und die unter Anklage gestellte Verletzung demnach schon verjährt sei, da der Tabakarbeiterverband und die Preussische Braunschweig-Vertheilung bereits im Jahre 1882 begründet worden seien. Weiter sei der Verband keine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes, da ein rechtlicher Anspruch auf Unterstützung den Mitgliedern nicht zustehe. Auch bei Verletzung des am 1. Januar 1902 in Kraft tretenden neuen Gesetzes über die privaten Versicherungsanstalten im Reichstage sei von den Versicherungsvertretern ausdrücklich betont worden, daß die Gewerblichen nicht unter dies Gesetz fallen sollten. Auch in das Gesetz selbst ist die gleiche Bestimmung dann aufgenommen worden. Der Vertreter der Anklagebehörde, mußte sich den Ausführungen des Vertreters des Angeklagten über die Verjährung anschließen und stellte nicht einmal Antrag auf Verurteilung, sondern gab das Urtheil dem Ermessen des Gerichtshofes anheim.

Der Gerichtshof beschloß die Einstellung des Verfahrens und die Übernahme sämtlicher Kosten auf die Staatskasse. In der Begründung wurde ausgeführt, daß durch § 300, 9 nur die Errichtung, aber nicht der dauernde Zustand getroffen würde. Nur der Errichtungssatz werde unter Strafe gestellt, und da bereits mehr als drei Monate darüber verstrichen seien, mußte das Verfahren eingestellt werden.

Das Gericht hat sich also auf eine Prüfung der Materie überhaupt nicht eingelassen. Den weiteren Eingriffen der Polizei in die Thätigkeit der Gewerblichen ist durch diese Entscheidung also nicht Halt geboten worden. Inzwischen lassen sich denn auch die Polizeibehörden in ihrer „auffällenden“ Thätigkeit nicht lösen. So erhielt der Bevollmächtigte der Preussischen Volkswärter des Tabakarbeiterverbandes am Freitag, demselben Tage, an welchem der Prozeß in Braunschweig verhandelt wurde, ein Schreiben der herzoglichen Kreisdirektion zugestellt, in dem es heißt:

„Nach einer Mitteilung der herzoglichen Polizeidirektion Braunschweig hat der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu Wremen es unterlassen, den nach dem Gesetz vom 20. Juni 1893 erforderlichen Antrag auf Ertheilung der Genehmigung der Zulassung zu stellen. Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Polizey-Strafgesetzbuches vom 23. März 1899 wird daher die Schließung des oben genannten Verbandes hiermit angeordnet.“

Hoffentlich ist die herzogliche Polizeidirektion Braunschweig kollegial genug, den übrigen braunschweigischen Polizeibehörden auch von ihrem oben gemeldeten Misfall vor dem Schwurgericht in Braunschweig Mitteilung zu machen, damit diesen das gleiche Schicksal erspart bleibt. Die Gewerkschaften machen es inwieweit in Braunschweig wie die Polizei, nimmt diese die Bestimmungen des Versicherungsgesetzes nicht ganz genau, so nehmen die Gewerkschaften die Verfügungen der Polizei ebenso und erklären wieder.

Verschiedenes.

Ergebnisse der Volkszählung. Im Reichs-Anzeiger werden die genaueren Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 veröffentlicht. Der Flächenraum des Deutschen Reiches beträgt 540 794,88 Quadratkilometer. Daraus leitet am Tage der Volkszählung 37 737 247 männliche und 36 629 981 weibliche Personen. Die Summe aller zur Wohnung dienenden oder bestimmten Gebäude und sonstigen Baulichkeiten beträgt 4 460 621. Darunter befinden sich 6 231 909 bewohnte, eigentliche Wohnhäuser und 189 899 unbewohnte Wohnhäuser. Außerdem wohnen Menschen in 71 728 Gebäuden, die sonst nicht zu Wohnungen bestimmt sind, wie Schulen, Ställe und dergleichen; ferner in 2057 Hütten, Zellen, Weilerhütten u. s. w. In 1 795 beweglichen Baulichkeiten, wie Schiffen, Wagen u. s. w. 1 888 848 Einwohner. In 1892 Gebäuden wohnen in 57 737 Wohnhäusern, 1892 Ställen u. s. w. 687 beweglichen Baulichkeiten, so daß auf eine Baulichkeit im Durchschnittlich 46 Personen kommen.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Desg. Verlag), 11. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Zolltarif-Verträge. — Pola als Utopie. — Von Franz Diederichs-Bremen. — Grundzüge der Handelspolitik. Von H. Kollstädt. 1. Schipper's historische Methode. — Englische Kolonialverwaltung. Von G. Hugo. — Jahresbericht der Gewerkschaftsämtern in Württemberg. Von H. S. Simon. — Zwei Wörter für die Arbeiterjugend. Von D. Bach. — Allerlei'sche Nachrichten. Otto Hübler. Geographisch-statistische Tabellen aller Länder. Leo Berg. Dasjenige Problem in Kunst und Leben.

„Der Arbeitmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralkasse für Arbeitmarktverträge (Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, herausg. von Georg Reines.

Briefkasten.

Des Neujahrstages wegen muß für die Nr. 1, Jahrgang 1902, unseres Blattes Verabfassung bereits am Montag, Morgens 8 Uhr, eintreten. Wir ersuchen unsere verehrlichen Korrespondenten, sich hiernach einzufügen zu wollen. **Berger, A. Hilgen, G. H.** Die Höhe des Steuerjahres, welche zur Einnahme an den Gläubigerverordnungen beizubringen ist, ist nicht überall gleich. Wie hoch der Satz vor ist, wissen wir nicht, glauben aber, daß derjenige, der über 4000 Einkommen versteuert, wohl die Verrechnung zum Wählen hat, um so niedriger, wenn bereits Einkommensteuer ist. Das Nähere erfahren Sie durch das Ortsamt, das an der Bürgermeisterei eingereiht ist. **Wilhelm a. d. W., M.** Ihrem Verlangen können wir keine Rechnung tragen. Was an Ihrem Verdict ausnahmsfähig war, ist bedenklich worden, und darüber hinaus können wir nicht gehen. **Songstein, W. D.** Ihr Gedicht eignet sich nicht zur Veröffentlichung. Die Verse sind denn doch gar zu holprig. **Warten, W.** Wir müssen Sie ersuchen, künftig das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben.

Streikabrechnungen.

Bausperre (Wiedmann) Königsberg i. Pr.	
Einnahme	
Aus der Hauptkasse	M. 50,85
Ausgabe	
Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsbüro	M. 7,50
Bedrüge	26,-
Brot und Schreibmaterial	7,95
sonstige Ausgaben	9,20
Summa	M. 50,65
Königsberg, den 18. Oktober 1901.	
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:	
Für die Revisoren:	
M. Leffes. C. Burchert. G. Leibert.	
Für den Zweigverein i. d. Vorstand:	
Emil Dubs. Gustav Wriß.	
Maurerstreik in Wasserhausen a. d. Doffe.	
Einnahme	
Aus der Hauptkasse	M. 200,-
Kassakasse der Zahlstelle	10,10
Summa	M. 210,10
Ausgabe	
Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsbüro	M. 107,50
Bedrüge	26,45
Fortschaffung Zigaretten	8,50
Fortschaffung des Banges	4,60
Brot und Schreibmaterial	2,10
sonstige Ausgaben	4,-
An die Hauptkasse zurückgeliefert	61,75
Summa	M. 210,10
Wasserhausen, den 30. Oktober 1901.	
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:	
Für die Revisoren:	
Wilhelm Lehmann. Rudolf Wulf.	
Für die Streikkommission:	
G. Gevert. G. Wiese. K. Seigt.	

Bausperre im Zweigverein Annaburg.

Einnahme

Von den deutschen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	M. 74,-
Ausgabe	
Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsbüro	M. 74,-
Bedrüge	111,60
Streikunterstützung an abgereichte Streikende	5,80
Verkaufsmittel der Streikkommission	63,-
Summa	M. 244,30

Königsberg, den 18. November 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Otto Jung. Julius Schäfer. Philipp Krabach.

Für die Streikkommission:

Gerhard Gohls. August Küder.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnung für das 4. Quartal 1901.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung für das 4. Quartal gelangen uns Freitag, den 20. Dezember, zur Verfertigung. Zweigvereinsvorstände und Vertrauensleute, die die Sendung bis Dienstag, den 24. Dezember, nicht erhalten haben, werden ersucht, davon Mitteilung zu machen.

Die Abrechnungsformulare nebst dem Begleitschreiben sind an die Zweigvereinskassen und in Sachen an die Vertrauensleute gelangt.

Die Formulare der Zweigvereine Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Gießen, Cassel und erhalten ihre Abrechnungsformulare von den Vorständen der Zweigvereine.

Zu der Abrechnung selbst machen wir darauf aufmerksam, daß dieselbe bis zum 15. Januar eingehandt werden muß. Bis zu diesem Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Hauptkasse bestimmten Gelder eingehandt sein. (Erlaube auch das von Abrechnungsformularen beigelegte Begleitschreiben.)

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die nennenden Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Leipzig, Lebach und Forst l. d. E.

Ausgeschlossen

auf Grund § 18 a des Statuts von den Zweigvereinen Fernerlebens: Hermann Witz (Wuch-Nr. 77 447); Egeln: Hermann Seimann (Wuch-Nr. 028 705); Johann Hoffe (028 658); Ernst Wornant (028 674); Plauen: Hermann Reiger (Wuch-Nr. 119 099); Bielefeld: Friedrich Pappe (Wuch-Nr. 57 084).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Georg Kilm - Solingen (Wuch-Nr. 058 182), Michael Wulke - Wargy (24 310), Gustav Berger - Plauen (064 089), Karl Wiese - Forst (084 111), Alfred Sireiter - Laucha (086 167).

Aufforderung.

Das Mitglied Georg Schröder aus Lübeck (Wuch-Nr. 0109 184) hat in Wirtswalk eine Summe von M. 18,10 Verbandsgelder von den Mitgliedern einsteifen und den Betrag sich verhandelt. Schröder wird hiermit aufgefordert, dieses Geld unverzüglich an den Zweigverein Wirtswalk abzuliefern, andernfalls gegen ihn Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet wird.

Warnung.

Der Maurer Josef Rönne, geb. 19. September 1872 zu Erfurt (Wuch-Nr. 237 415), hat sich in dem Zweigverein Wald zum dritten Male als Mitglied aufnehmen lassen und ist dann unter Zurücklassung seines Mitgliedsbuches heimlich dort verheimlicht. Da nicht ausgeschlossen ist, daß Rönne das Spiel auch in anderen Zweigvereinen wiederholen wird, so sei hiermit vor demselben gewarnt.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 10. bis 16. Dezember 1901 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Einnahme

Von den Zweigvereinen Annaburg i. B. M. 100, Einnahmedorf 166,80; Hiere a. d. E. 62,27; Osterfeld a. G. 57,28; Marienwerder l. Weipr. 21,60; Frankfurt a. M. 800; Feldberg 150; Schleswig 120; Wobbelg 100; Annaburg 1000; Wargy 561,85; Mainz 458,90; Rüdolfsb. 75; Bremen 1000; Leipzig 800; Inhab 300; Schmiedeb. 132,27; Gieb i. Pom. 97,20; Rüstert 64; Einshorn 240,46. Summa M. 5365,31.

Warnung.

Die Zweigvereinskassen resp. Einleger von Geldern werden ersucht, auf den Nachschuß genau anzugeben, wofür das eingelebte Geld bestimmt ist.

Samstag, den 16. Dezember 1901.

F. Hüter, Hamburg-St. Georg, Bremerstr. 11, 1. Et.

Zentralkrankenkasse.

(Grundkass zur Einheit.)

In der Woche vom 8. bis 14. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Braunschweig M. 800; Mi-Stiele 200; Braunschweig a. b. S. 700; Mannheim 100; Verden 50. Summa M. 1650.

Zuschüsse erzielten: Bandholz M. 100, Worms 100, Eberlebrunn 100, Rint 100, Reuzelle 60, Dungsau 60, Tschöbe 40. Summa M. 660.

Mitona, den 14. Dezember 1901.

Karl Reih, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir aus Zustände der Verbandskassen, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbetage Mitteilung erhalten. Die Liste ist Nr. 4.)

Friedrichberg. Am 6. Dezember starb unser treuer Verbandskollege Otto Kottke im Alter von 89 Jahren an der Prostataströmung.

Kochfeld. Am 4. Dezember verstarb der Vorstandsmitglied unserer Zweigvereine, Herr Kottke, im Alter von 84 Jahren.

Altena. Am 6. Dezember verstarb unser Verbandskollege August Lubelt im Alter von 77 Jahren an Rippenfellentzündung.

Welsch. Am Donnerstag, den 6. Dezember, starb an den Folgen einer Diphtherie unser treuer Kollege Michael Mathes aus Landscheid.

Gere ihrem Andenken!

Stierbegeh

ist in der Zeit vom 9. bis 16. Dezember bezahlt worden für nachfolgende Mitglieder resp. deren Familien: Hermann Brunsow-Wettig l. (Wuch-Nr. 165), Johann Brunsow-Wettig (086 128), Otto Goltz-Friedrichberg (08 072), (73 495), Ferdinand Wierneck-Waldenberg (08 072), Franz Wülfel-Waldenberg (084 931), Wilhelm Schöpper-Garbe a. d. E. (70 651), Michael Witz-Feldberg (129 492), Friedrich Wierneck-Wettig (048 650), Friedrich Witz Wende-Wargy (034 760).

Glossen.

Berger und Verbandskollege befinden sich: „Wiener Hof“, Johannisstraße Nr. 3. Dieselbe wird auch die Dienstunterstützung ausgezahlt. Die reisenden Kollegen wollen dies beachten. (M. 1,80)

Hannover.

Unser Verbandskollege Herr Rönne ist eingetretener Verhältnisse halber von Klottergang 4 nach Langestraße 2 verlegt. (M. 1,50)

Ratzburg.

Unser Verbandskollege befindet sich in der „Zentralkasse“, Große Kreuzstraße. Die Adresse des Kassiers ist: Ernst Fröh, Ratzburg 280. Dieselbe wird auch die Dienstunterstützung von 8-8 Uhr Abends ausgezahlt. (M. 1,80)

Achtung! Schwerin i. M.

Jeder arbeitende Kollege hat sich beim Kollegen Klotter, Geth. Meinerstr. 47, Nr. 30, melden. (M. 1,20)

Der Maurer Paul Nietke.

Buch-Nr. 064 009, hat in Leipzig M. 12 Streiklohngegner unterschlagen und ist von Leipzig abgereist. Kollegen, denen der Aufenthaltsort des Nietke bekannt ist, bitten wir, uns sofort Mitteilung zu machen. (M. 1,50)

G. Jacob, Weidmühlbacher.

Erlaube den Kollegen Fritz Schwab aus Tarnob bei Gohla, mir seine Adresse mitzutheilen.

Fritz Schröder, Erfurt, Dirschbacher B.

Verkaufungs-Anzeige.

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranlassungen der dem Verbandskollegen genehmigt. Jeder Preis für jede Anzeige, die den Namen von 6 Stellen nicht überschreitet, beträgt 20 M. Die Anzeigen müssen für jede Veranlassung besonders eingelebnet werden.)

Verbandsversammlungen der Mantr.

Sonntag, 22. Dezember.

Königs-Wusterhausen. Sonn. 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Osterode l. Pr. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Die Kollegen müssen erscheinen.

Rudolfsstadt. Sonn. 3 Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Wittstock. Sonn. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Witz. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Zielentz. Sonn. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Witz. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Donnerstag, 26. Dezember.

Jessen. Sonn. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Witz. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Freitag, 29. Dezember.

Herzberg (Elster). Sonn. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Witz. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Altensee. Sonn. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Witz. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Ratzburg. Sonn. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Witz. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Sonntag, 5. Januar.

Rheinsberg. Sonn. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Witz. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“. Was am 2. Uhr Mitgliederversammlung im „Ritterhof“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.